

die Energiewende, würde der Lage nicht gerecht. Wenn man sich ansieht, was hier geschieht, kommt man zu dem Schluss: NRW wehrt sich mit ganzer Kraft gegen die Energiewende.

Wende heißt nicht, sich für die Subventionierung der größten Energieverbraucher einzusetzen. Wende heißt nicht, weiter für die Umweltzerstörung im rheinischen Revier zu kämpfen. Wende heißt nicht, weiterhin auf Dinosaurierkraftwerke zu setzen. Die Regierung müsste alles tun, damit NRW endlich wieder Anschluss findet an Bayern, Baden-Württemberg und allen anderen Bundesländern, die weit vor uns liegen.

Auch Minister Duin müsste endlich erkennen, was heute Zukunft hat, nicht nur, aber auch wegen der Arbeitsplätze in unserem Land. Arbeitsplätze entstehen dort, wo erneuerbare Energien eingesetzt werden – in allen Bereichen, nicht nur bei der Stromerzeugung. Endlich muss begriffen werden, dass es um mehr geht als um Elektrizität. Die gesamte Energieversorgung muss auf erneuerbare Quellen umgestellt werden: Strom, Wärme und Mobilität. Hier müssen die Technologien entwickelt, die Anlagen gebaut und die Produkte hergestellt werden. Es gibt so viel zu tun für ein modernes Land mit gut ausgebildeten Menschen und erstklassigen Universitäten. Hier muss investiert und gefördert werden.

Es ist bitter zu sehen, wie eine Regierung weiter auf die Vergangenheit setzt und dabei den Anschluss verliert. Aus dem Kohleland Nummer eins muss endlich das Energieland Nummer eins werden, mit moderner Technologie in allen Bereichen: beim Strom, bei der Wärme und beim Verkehr. Übermorgen werden wir uns in der Aktuellen Stunde mit E.ON und den Folgen für unser Land beschäftigen. Der Kohle- und Atomriese hat vielleicht gerade noch rechtzeitig erkannt, dass fossile Energiegewinnung keine Zukunft hat.

Rot-Grün muss heute handeln, damit der Haushalt des Landes nicht weiter durch die Fehler der Vergangenheit belastet wird und Milliarden in die Abwicklung fließen, statt in Investitionen für die Zukunft. Wir erwarten, dass Sie endlich nach vorne schauen und vorneweggehen, damit NRW wieder den Platz bekommt, den es verdient hat. Energieland Nummer eins bei dem Einsatz der Erneuerbaren bei Strom, Wärme und Verkehr. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmalenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Das bleibt auch dabei. Dann schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 14.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7514, den Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer sich dem an-

schließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP und die Piratenfraktion. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Einzelplan 14 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses. Dieser trägt die Drucksachennummer 16/7507. Ich eröffne die Aussprache. Und als erster Redner hat Herr Kollege Kern für die CDU-Fraktion das Wort.

(Der Abgeordnete bleibt auf seinem Platz sitzen.)

– Wenn er möchte, hätte Herr Kollege Kern von der CDU-Fraktion das Wort. Wenn er nicht möchte, nehme ich jemand anderen.

(Heiterkeit)

Walter Kern (CDU): Danke schön. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Gesellschaftlich besteht Einigkeit darüber, dass der Ausbau der Angebote an Betreuungsplätzen ein wichtiger Baustein zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Die CDU-Fraktion ist der Bundesregierung dankbar, dass sie sich in dem ersten Bundesprogramm zu Investitionsmitteln in Nordrhein-Westfalen mit 497 Millionen €, im zweiten mit 126,5 Millionen € und jetzt in der Avis mit 118,6 Millionen € beteiligt hat. Auch die Kommunen haben sehr viel getan. Das heißt, alle drei Ebenen arbeiten sehr stark daran, dass dieser Ausbau auch gelingt.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Revision des KiBiz erhebliche Probleme mit sich gebracht hat, weil die regierungstragenden Fraktionen von Rot-Grün und die Landesregierung bei der Anhörung die Ohren auf Durchzug gestellt haben.

(Beifall von der CDU)

Frei nach dem Motto: Das mag zwar alles stimmen, aber wir sehen das anders.

Wozu führt das? Die Erzieherinnen stehen mit dem Rücken zur Wand, weil zusätzliche Aufgaben auf sie übertragen wurden, obwohl es zuvor schon Überlastungsanzeigen gegeben hat. Das geht zu Lasten der Kinder.

Bei einer Veranstaltung des Erzbistums Paderborn am 20. September dieses Jahres in Dortmund, bei

der Hunderte von Erzieherinnen anwesend waren, stellte sich heraus, dass es bereits fünf nach zwölf ist. Sämtliche Vertreter der Regierungsfractionen fehlten dort. Das war ein bemerkenswerter Vorgang. Ich frage mich: War es Feigheit vor der Basis der Erzieherinnen?

Sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche – beide sind Hauptträger unserer Einrichtungen im Land – hatten in der Anhörung dokumentiert, dass die Kindpauschalen nicht mehr ausreichen und dass die 100 Millionen € zusätzliche Mittel besser in die Anpassung der Pauschalen gesteckt worden wären.

Gerade die jüngste Stellungnahme der Evangelischen Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen, der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe und der Evangelischen Fachverbände der Tageseinrichtungen für Kinder in Rheinland, Westfalen und Lippe lässt bezüglich der fehlenden Auskömmlichkeit der Kindpauschalen keine Interpretationsmöglichkeiten zu.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Ich zitiere aus der Stellungnahme 16/2396 vom 28. November mit Genehmigung der Präsidentin:

„Die Differenz zwischen der Erhöhung der KiBizpauschalen und realer Kostenentwicklung wird immer größer und ist nicht mehr zu kompensieren.“

Weiter heißt es:

„Diese Entwicklungen führen dazu, dass etliche evangelische Träger perspektivisch nicht mehr in der Lage sind, den Betrieb ihrer Einrichtungen aufrechtzuerhalten.“

Die evangelischen Träger sagen weiter:

„Wir halten weiter an der dringlichen Forderung fest, zeitnah eine dynamische Anpassung der Pauschalen auf der Basis des Personalkostenindex vorzunehmen, um eine Angleichung an die tatsächlichen Verhältnisse zu erreichen.“

Ferner heißt es:

„Auch für die Sach- und Nebenkosten muss ein Verfahren gefunden werden, das Preissteigerungen kompensiert.“

Und meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die evangelische Kirche sagt:

„Die Unterfinanzierung in vielen Kindertageseinrichtungen hat erhebliche Auswirkungen auf die Qualität.“

Wie ist die Situation? Ich möchte versuchen, Ihnen das aktuell an einem Beispiel zu verdeutlichen. Da die Kindpauschalen auf dem Basiswert von 2005 basieren, sind sie im nächsten Jahr zehn Jahre alt. Mit jeder Tarifierhöhung, die ohne Zweifel sein muss, wird die verfügbare Masse dadurch kleiner, die Basis für gute Arbeit ausgehöhlt.

Fakt ist, dass seit dem Kindergartenjahr 2010/2011 die laufenden Personal- und Sachkosten durchschnittlich die Einnahmen aus den Kindpauschalen übersteigen. Das war bereits 2008 abzusehen. Das gehört zur Wahrheit dazu. Deshalb hatte Schwarz-Gelb für 2011 eine Revision sehr begründet geplant. Die Revision des Finanzierungssystems hat aber bis heute nicht stattgefunden.

Wir sprechen hier von strukturellen Defiziten. Es besteht deshalb konkreter Handlungsbedarf, um die Entwicklung zum Guten zu wenden.

(Beifall von der CDU)

Fest steht, dass neue Finanzierungsbestandteile am strukturellen Defizit nichts ändern, da neue Aufgaben diesen gegenüberstehen. Heute können in den meisten Einrichtungen die notwendigen Rücklagen für Instandsetzung nicht mehr aufgebaut werden.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, was wird heute vonseiten der Trägerlandschaft dagegen getan? Man bildet größere Verbände. Aber wie können sich zum Beispiel die vielen Elterninitiativen oder die kleinen Einrichtungen gegen diesen drohenden Exitus wehren? Vielfach geschieht das stillschweigend mit der Reduzierung von Freistellungen der Leitungen, geht also zulasten der pädagogischen Qualität und wird auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen ausgetragen. Letztlich leiden die Kinder an zu wenig individueller Förderung.

Nachdem die letzten Rücklagen der Träger zum Ausgleich regelmäßiger Defizite herangezogen wurden, droht ein Investitionsstau. Es ist mehr als verständlich, dass die kaufmännisch Verantwortlichen die Trägerschaft der bisherigen Betreuungsangebote mittelfristig infrage stellen. Einzelne Träger sagen dies sehr deutlich. Ich frage mich: Will die Landesregierung die im KJHG geforderte Vielfalt im Angebot gezielt unterlaufen, damit eine öffentliche Erziehung durch die normative Kraft des Faktischen ausgebaut wird?

Jedenfalls steht fest, dass sich die Trägerbelastung zum Beispiel der katholischen Kirche in kürzester Zeit verdoppeln wird. Wir müssen uns heute darüber unterhalten, dass die Kindpauschalen angepasst werden. Das hat keine Zeit mehr bis zum Wahltermin. Die Lösung liegt also in einer kontinuierlichen Anpassung der Kindpauschalen an die Tarifierhöhungen und an den Sachkostenindex.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Fachausschuss haben wir uns über den Landesjugendplan, über die Partizipation von jungen Menschen, insbesondere um den Kinderschutz, oft auch polarisierend unterhalten. Es ist den Regierungsfractionen zu empfehlen, der Opposition besser zuzuhören. Heute können wir den Haushalt für Kinder, Jugend und Familie deshalb nur ablehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Jörg das Wort.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 2010 hat diese Landesregierung den Etat im Elementarbereich verdoppelt – von etwas über 1 Milliarde €, wie wir das 2010 vorgefunden haben, auf jetzt über 2 Milliarden €. Das ist in der Dynamik, in der Kraft, für Kinder sich einzusetzen, in der ganzen Bundesrepublik einmalig. Kein anderes Land hat diese Dynamik entfaltet wie diese Landesregierung mit der Ministerin Ute Schäfer.

(Beifall von der SPD)

– Das ist wirklich ein dicker Applaus wert, weil wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Tat in die Zukunft dieses Landes, nämlich in unsere Kinder, investieren. 1 Milliarde € von den 2 Milliarden €, die wir jetzt Neuverschuldung aufnehmen, haben wir in diesen Bereich investiert. Dagegen ist die Opposition, um das einmal ganz klar zu sagen, weil alle Anträge in diese Richtung bisher von denen abgelehnt wurden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Was haben wir damit erreicht? Wir haben erst einmal das wichtige Ziel, den U3-Ausbau erreicht. Das hätten Sie uns vorher niemals zugetraut – ganz im Gegenteil. Man hatte den Eindruck, dass in den Diskussionen bei Ihnen schon eine gewisse Schadenfreude darüber aufkäme, wir würden das nicht schaffen.

Wir haben mehr Personal in die Kitas gebracht. Wir haben eine Planungssicherheit in die Kitas gebracht, damit die jungen Kolleginnen und Kollegen auch für ihr eigenes Leben sicherer planen können und nicht immer in Jahresverträge gezwängt werden. Wir haben die Sprachförderung verbessert. Wir haben Delfin 4 abgeschafft, was ein riesengroßer Schritt war, um die Qualität in diesen Einrichtungen zu verbessern.

(Beifall von der SPD)

Wir haben also eine große Anzahl von Fortschritten erreicht. Lieber Walter Kern, ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir eine klare Erkenntnislage haben, dass diese 1,5-%-Dynamisierung erhöht werden muss. Das ist gar keine Frage.

Lieber Walter Kern, die einzigen, die das hier im Raum nicht beschlossen haben, die dagegen waren, diese 1,5 % schon 2008 zu installieren, das waren die Grünen und das war die SPD-Fraktion. FDP und CDU und leider auch die Träger haben das damals gemeinsam vereinbart.

(Zuruf von Walter Kern [CDU])

Wir haben damals schon davor gewarnt und haben gesagt: So geht es nicht weiter. Aber lieber Walter Kern, ich gebe dir völlig Recht: Es ist an der Zeit, genau über diesen Bereich nachzudenken. Wenn man sich allerdings das Finanzierungssystem der Kitas ansieht, dann weiß hoffentlich auch die CDU-Fraktion, dass wir als Land die Kitas nicht alleine finanzieren, sondern dass die Kommunen, dass die Gemeinden, dass die Träger ebenfalls mitfinanzieren.

Es ist auch festzuhalten, dass die Träger seit 2010 sagen: Wir haben kein Geld mehr; wir müssen unsere Anteile zurückfahren. Die Kommunen sagen: Wir haben kein Geld mehr; wir sind pleite, wir können nichts mehr dazutun.

Mit dem gleichen Argument, lieber Walter Kern, hätte auch diese Landesregierung, getrieben von der Opposition, sagen können: Wir haben kein Geld mehr; wir können nichts mehr dazutun. Wir haben aber ein anderes Verständnis von Verantwortung gegenüber unseren Kindern. Diese Landesregierung und Rot-Grün sind seit 2010, lieber Walter Kern, die Einzigen, die überhaupt noch etwas ins System geben. Ich möchte, dass Du und dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Walter Kern [CDU])

Ich wünsche mir – ich habe das an dieser Stelle schon mal gesagt –, dass Sie Ihren Einfluss nutzen, um die Bürgermeister und die Oberbürgermeister, die CDU-Parteimitglieder sind, zu der Aussage zu ermuntern: Bitte setzt euch mit der Landesregierung wieder an den Verhandlungstisch und debattiert über diese 1,5 % und wie wir sie gemeinsam tragen können, damit sich die Situation verbessert.

Die Kritik perlt also an uns ab und tropft eher wieder auf die alte Landesregierung. Ich wollte keine alte Wäsche waschen, aber das kann ich so nicht stehen lassen. Wir haben seit 2010 hervorragende Arbeit geleistet.

Ich will noch kurz etwas zum Landesjugendplan sagen, mit dem wir uns auch bundesweit sehen lassen können. Wir sind nicht nur eines der wenigen Länder, die einen Landesjugendplan gesetzlich verankert haben, sondern wir sind auch das Land, das am meisten Geld einstellt: rund 100 Millionen €. Es geht uns aber nicht nur um die 100 Millionen €, sondern vor allen Dingen darum, die Jugendlichen in ihrem Prozess, mehr Partizipation einzufordern, gemeinsam mit den Jugendverbänden, mit der Landesregierung, auch mit den hier anwesenden Fraktionen überparteilich zu begleiten und zu vermitteln, dass die einmischende Jugendpolitik der Jugendverbände bei uns auf offene Türen und Ohren stößt und wir im bundesweiten Vergleich hervorragend aufgestellt sind.

Wir haben leider für unseren Bereich nur fünf Minuten Redezeit. Ich habe meinem Kollegen vom Sport versprochen, nicht länger als fünf Minuten zu reden. Deshalb muss ich das einhalten.

Ich glaube, dass dieser Haushalt ein weiterer Baustein ist, um unser Motto „Kein Kind zurücklassen“ in eine gute Bahn zu lenken. Das ist deutlich anders als „Privat vor Staat“. Von daher bin ich über den Haushalt sehr erfreut. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! – Ich war noch beim Parteitag. Korrekt muss ich natürlich sagen: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vordredner hat die gleiche Schallplatte aufgelegt, die wir schon seit Jahren hören. Ich möchte allerdings sagen, dass Wolfgang Jörg einen richtigen Satz gesagt hat:

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD] – Zuruf von den PIRATEN: Viele schöne!)

Die Kritik perlt an SPD und Grünen ab. Das ist auch der Kern der gesamten Debatte, die Sorgen und Ängste der Erzieherinnen und Eltern perlen seit Wochen und Monaten vollkommen an Ihnen ab.

Sie haben die Situation in Nordrhein-Westfalen kompliziert. Sie haben Probleme eingeführt und das System im Kinderbildungsgesetz, das wir eingeführt haben, in vielen Bereichen unfair ausgestaltet. Ihre groß angekündigte KiBiz-Reform ist im Ergebnis leider nur ein kleiner Wurf geblieben.

Dass es mehr Mittel gibt, Frau Ministerin, ist erst einmal positiv. Das habe ich im Übrigen immer gesagt. Aber sie müssen auch vernünftig eingesetzt werden. Sie schaffen mit Verfügungspauschale und plusKITA zwei neue Pauschalen. Das heißt mehr Bürokratie und mehr Unübersichtlichkeit für die Einrichtungen. Wir haben jetzt mehr als zehn Pauschalen und Einzelförderungen. Warum? Sie scheinen zu glauben: Je komplizierter etwas ist, desto besser.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Tatsächlich aber sollte uns daran gelegen sein, die Einrichtungen so wenig wie möglich mit Bürokratie zu belasten. Jede Minute, die die Fachkräfte bei Anträgen sparen, können sie in ihre eigentliche Aufgabe, die Arbeit mit den Kindern, investieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Warum haben Sie also die zusätzlichen Mittel nicht in die Kindpauschale investiert? Damit hätten wir

eine flächendeckende Erhöhung hinbekommen, von der alle Kinder profitieren würden.

Der eigentliche Hammer kam aber nach Ihrer Reform. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Britta Altenkamp, teilt über die Presse mit, dass sie die gerade verabschiedete Reform für unzureichend hält.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Plötzlich nach dem parlamentarischen Verfahren, nach einer Anhörung, nach vielen Gesprächen und Diskussionen fällt auch den regierungstragenden Fraktionen, Frau Altenkamp, ein, dass die gesamte Reform unzureichend ist. Das ist genau das Problem. Wir lesen das heute auch wieder vom Landeselternbeirat in der Zeitung. Sie halten sich die Ohren zu. Die Kritik perlt ab, anstatt die Sorgen und Ängste der Eltern tatsächlich ernst zu nehmen.

Genauso sieht es bei der Sprachförderung aus. Statt allen Kindern eine gute Sprachförderung zu garantieren, schaffen Sie ein System, das insbesondere den ländlichen Raum benachteiligt. Was sagen Sie da den Familien, deren Kinder Sprachförderbedarf haben? Muss das Kind ins Ruhrgebiet umziehen, um gefördert zu werden? Das ist ungerrecht, Frau Ministerin, und hat mit „Kein Kind zurücklassen“ nichts mehr zu tun.

(Beifall von der FDP)

Frau Altenkamp, insgesamt wird die Sprachförderung schlechtergestellt. Statt über eine Verbesserung des Delfin-4-Verfahrens nachzudenken, schaffen Sie es einfach ab und sagen den Erzieherinnen: Herzlichen Glückwunsch, machen Sie das im Alltag einfach noch mit! Ich finde, das ist nicht der richtige Weg, und das haben die Erzieherinnen in dieser Form nicht verdient.

(Britta Altenkamp [SPD]: Keine Ahnung!)

Wie genau das funktionieren soll, Frau Altenkamp, weiß bis heute keiner, selbst die regierungstragenden Fraktionen wissen es nicht. Sie haben das erst einmal beschlossen, und jeder muss gucken, wie er damit klarkommt.

Die Kinder, die keine Kita besuchen, kriegen übrigens weiterhin das Delfin-4-Verfahren. Auch hier sind also wieder nicht alle Kinder gleich, sondern werden unterschiedlich behandelt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer ist daran schuld?)

Jetzt kommt das Déjà-vu. Wenn man nämlich aufführt, was Sie nicht gemacht haben, Frau Ministerin, kann man die Haushaltsrede des letzten Jahres noch mal hervorholen. Es gibt immer noch kein Konzept für den weiteren zielgerichteten und bedarfsgerechten U3- und Ü3-Ausbau.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Es gibt keine Anstrengung, endlich für eine auskömmliche Finanzierung der Pauschalen zu sorgen. Es gibt keine Initiative zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es gibt keine Ideen für erweiterte Öffnungszeiten und wirklich bedarfsgerechte Betreuungsangebote. Eine völlige Verweigerung gibt es bei der Frage, wie man mit Betriebskindergärten und privat-gewerblichen Einrichtungen umgeht. Das ist leider die Situation, die wir in Nordrhein-Westfalen vorfinden. Und mehr als das, wir müssen heute das Scheitern Ihrer gesamten Strategie feststellen. Ihr stumpf wiederholtes Leitwort: „Kein Kind zurücklassen“ ist doch mittlerweile als reine Rhetorik entlarvt worden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist nichts übrig geblieben von Ihrer traumtänzerischen Idee der Präventionsrenditen.

In das Modellprojekt investieren Sie kaum eigene Mittel. Darüber hinaus gibt es auch sonst keine Ideen außer entsprechender Rhetorik. Sie investieren nicht in flächendeckende gute Strukturen, in frühe Hilfen, bei Familienberatungen nichts Neues.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Frau Altenkamp, bei frühkindlicher Bildung setzen Sie keine neuen Akzente. Bei der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler an allen Schulformen gibt es leider auch keine neuen Positionen.

Daher kann man eigentlich nur festhalten: Sie haben die Ideen in diesem Land zurückgelassen. Das ist das Traurige. Das ist schade und wird im Ergebnis auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man merkt, wie mühsam die Opposition nach Punkten sucht, mit denen sie uns bei diesem Haushaltsentwurf irgendwie am Zeug flicken kann. Auch das ist mal wieder ein Beispiel dafür und ein deutlicher Beleg dafür, wie die rot-grüne Koalition und die rot-grüne Landesregierung die Prioritäten setzen, nämlich eine ganz hohe Priorität bei Investitionen für Kinder, Jugendliche und Familien.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dafür ist dieser Haushaltsentwurf ein deutlicher Beleg.

Das ist uns nicht nur Anspruch und das bleibt nicht nur wie bei der Opposition reine Rhetorik – dazu komme ich gleich noch –, sondern es wird ganz

konkret mit Haushaltsmitteln unterlegt. 100 Millionen € stehen zusätzlich für die Qualifizierung nach dem Kinderbildungsgesetz zur Verfügung.

Ein Punkt ist uns dabei besonders wichtig. Das ist die Bildungsgerechtigkeit. Wir nehmen dafür 45 Millionen € in die Hand, um Kindern beste Chancen zu geben, weil wir die Armutsspirale durchbrechen wollen und weil wir Kindern, die aus benachteiligten Familien kommen, die besten Chancen geben wollen. Das ist gut investiertes Geld, Geld, das die Opposition nicht bereit war, zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben weiter investiert; und auch das ist bedeutsam, weil wir nicht nur 166.000 neue U3-Plätze in den Kommunen möglich machen und mitfinanzieren, sondern wir haben von Beginn an mit dem ersten KiBiz-Änderungsgesetz nicht nur in die Quantität investiert, sondern auch in die Qualität.

Das unterscheidet uns im Übrigen von den meisten anderen Bundesländern, die alle Anstrengungen auf die Anzahl der Plätze konzentriert haben. Wir haben gesagt, wir wollen zeitgleich die Qualität in den Einrichtungen verbessern. Das tun wir mit der Verfügungspauschale in Höhe von 55 Millionen €. Das haben wir schon mit dem ersten KiBiz-Änderungsgesetz gemacht, wo wir 150 Millionen € für die U3-Pauschale in die Hand genommen haben.

Wir stärken die Familien. Wir stärken die Familienzentren. 100 neue Familienzentren entstehen. Sie entstehen auch genau dort, wo es besonders nötig ist, wo die Familien einen besonderen Unterstützungsbedarf haben.

Wir stärken die Familienbildung. Wir haben das jetzt ja noch einmal mit einem Haushaltsantrag bekräftigt, dass Familien, die von den Beiträgen befreit werden, mit 600.000 € noch einmal zusätzlich unterstützt werden.

Herr Hafke, das ist ja völlig hanebüchen, wenn Sie sagen, wir täten nichts für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 166.000 U3-Plätze sprechen eine ganz eigene Sprache.

Das können Sie schlechtreden. Das können Sie wegreden. Es liegt aber kein einziger Haushaltsantrag von Ihnen vor, mit dem Sie darüber hinausgehen. Von daher verpufft die Kritik völlig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben – auch das – natürlich die Sprachförderung umgestellt. Natürlich haben wir das getan. Wir sind nämlich den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefolgt, die uns in verschiedensten Anhörungen sehr deutlich vor Augen geführt haben, dass wir nicht nur punktuell Sprachförderung vornehmen sollen. Darüber sind wir von der Sprachförderung zur Sprachbildung gelangt, die alltagsintegriert stattfindet, die allen Kindern im Alltag zugutekommt. Das ist ein Konzept, das auf wissenschaftli-

cher Höhe ist. Das mag Ihnen gefallen oder nicht. Sie können immer noch die Konzepte von gestern fahren. Wir fahren die von heute und die Konzepte von morgen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist weitsichtige Politik.

Eines ist mir noch besonders wichtig. Flüchtlingspolitik ist eine Priorität, die wir uns als Landesregierung insgesamt als Aufgabe gestellt haben. Innerhalb des 91-Millionen-€-Paketes, das wir den Kommunen zur Verfügung stellen, haben wir natürlich auch an die Kinder und Jugendlichen gedacht. Wir wissen, dass 50 % der Flüchtlinge Kinder sind. Für die haben wir 6 Millionen € noch einmal extra in die Hand genommen und gesagt, die frühkindliche und die Elementarförderung soll auch bei den Flüchtlingskindern ankommen. Auch das ist eine ganz wichtige Maßnahme im Rahmen der Bildungsgechtigkeit.

Kinder- und Jugendförderplan – Kollege Jörg hat es erwähnt –: Nach wie vor trotz allem Spardruck sind dort 100 Millionen € enthalten, 100 Millionen €, die uns wichtig sind, um außerschulische Bildungsarbeit zu fördern, um Geld für die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe zu haben, um Jugendverbandsarbeit zu fördern und auch die Projekte, die innovativ im Bereich der Jugendarbeit entstehen.

Das sind also alles Punkte, die sich sehen lassen können.

Jetzt gucken wir uns mal an, was die Opposition für eine Haushaltspolitik macht! Im Grunde ist doch Ihr einziger Beitrag, den Sie hier leisten, dass Sie mäkeln, meckern und Politik simulieren. Sie stellen keinen einzigen Haushaltsantrag in dem gesamten Bereich Kinder-, Familien- und Jugendpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

All das, was Sie hier rhetorisch immer fordern, wird nicht unterlegt. Sie simulieren Politik. Alles Schall und Rauch!

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ich kann Ihnen nur noch einmal mitgeben, auch der CDU-Fraktion, Matthäus 7 Vers 20: An ihren Taten werdet ihr sie erkennen – aber nur an ihren Taten und nicht an einer aufgeblasenen Rhetorik.

Wir machen Politik und unterlegen die auch mit Geld. Wir geben den Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen die Chancen, die sie verdienen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Asch. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war alles nicht allzu überraschend, was da bislang gekommen ist. Auch der Einzelplan 07 birgt ja leider Gottes keine großen Überraschungen.

Frau Kollegin Asch, ich möchte zunächst auf das eingehen, was Sie zuletzt gesagt haben. Wir als Piratenfraktion haben natürlich sehr wohl einen Haushaltsänderungsantrag gestellt, aber ich weiß, dass Sie ihn ignoriert haben. Das haben wir bereits im Ausschuss festgestellt.

Wir haben einen Änderungsantrag zum Kinder- und Jugendförderplan gestellt, den der Kollege Jörg gerade außerordentlich gelobt hat und den auch Sie, Frau Kollegin Asch, gerade gelobt haben. Wir wollten den Kinder- und Jugendförderplan um 10 Millionen € erhöhen. Denn wir haben festgestellt – das haben Sie selbst auch festgestellt –, dass die Mittel in den letzten Haushaltsjahren nicht vollständig abgeflossen sind. 15 bis 20 Millionen € sind in den Landeshaushalt zurückgeflossen. Gelder, die eigentlich für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land vorgesehen waren, sind nicht ausgezahlt worden.

Wir wollen handeln, wir wollen dieses Geld den Kindern und Jugendlichen wieder zur Verfügung stellen. Was macht die Landesregierung bzw. die sie tragende Koalition? – Sie ignoriert diese Vorschläge, lehnt sie ab und – das haben wir gerade in dem Debattenbeitrag von Frau Kollegin Asch festgestellt – kann sich im Prinzip noch nicht einmal daran erinnern, dass ein entsprechender Antrag vorgelegen hat. Das kann man machen.

Frau Kollegin Asch, Sie haben schon in der Ausschusssitzung, aber auch gerade erwähnt, der Opposition fehle jeglicher Gestaltungswille, was diesen Haushalt angeht. Wir könnten Sie natürlich mit Haushaltsänderungsanträgen bombardieren. Diese würden aber nicht greifen. Denn schon während des gesamten politischen Jahres werden sämtliche Anträge, die aus der Opposition kommen – egal, ob von CDU, FDP oder von uns Piraten –, ignoriert und letzten Endes im normalen Verfahren abgebugelt.

Was sollen letztendlich Änderungsanträge bewirken, die sich nur auf den Haushalt beziehen, wenn der Gestaltungswille, den wir über das Jahr hinweg schon mit entsprechenden Anträgen gezeigt haben, von Ihnen völlig ignoriert wird?

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Den Kinder- und Jugendförderplan habe ich gerade erwähnt. Wir wollten den Kindern und Jugendlichen, wie gesagt, das Geld wieder zur Verfügung stellen.

Ein anderer Punkt ist von Ihnen auch schon angesprochen worden, nämlich die Kindpauschalen. Jetzt habe ich gerade mehrfach gehört, dass wir irgendwie doch alle bereits wissen, dass die Steige-

zung der Kindpauschalen um 1,5 % jährlich nicht ausreicht.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das ist auch kein Geheimnis! Das haben wir seit Jahren!)

– Das ist auch kein Geheimnis. Das können wir heute auch im „Pressespiegel“ noch einmal nachlesen. Wir, lieber Wolfgang Jörg, haben allerdings einen Änderungsvorschlag gemacht. Als wir dieses Jahr das Kinderbildungsgesetz im Ausschuss und hier im Plenum beraten haben, haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Einseitig!)

Wir wollten die Erhöhung auf 3 % jährlich anpassen. Was ist von Ihnen gekommen? – Nichts. Das ist von Ihnen komplett abgelehnt worden. Wir waren gedanklich wesentlich weiter und haben einen konkreten Vorschlag dazu gemacht, wie Jugend- und Kinderpolitik gestaltet werden kann.

Zur Kindpauschale bzw. zur frühkindlichen Bildung insgesamt. Es ist nicht nur so, dass diese 1,5 % nicht ausreichen. Selbstverständlich haben Sie – an dieser Stelle ein Lob an die Landesregierung – dafür gesorgt, dass wir beim U3-Ausbau eine Punktlandung hatten; das erkennen wir an. Selbstverständlich gab es im Vorfeld große Kritik seitens der Opposition. Unsere Befürchtungen haben sich glücklicherweise nicht bestätigt. Glückwunsch dazu, Frau Ministerin!

Allerdings können wir uns darauf nicht ausruhen. Wir müssen weiterhin dafür sorgen, dass sowohl der U3- als auch der Ü3-Ausbau weiter gewährleistet bleiben – Kollege Herr Hafke hatte das gerade schon erwähnt –, und besonders darauf achten, dass die Qualität nicht weiter leidet.

Auch was die Steigerung der Kindpauschale angeht, sagen die Träger doch schon heute: Die Qualität leidet bereits jetzt. – Wir sind also nicht dabei, die Qualität zu verbessern. Die Qualität leidet momentan, sie nimmt ab. Deshalb gilt es erst einmal, diesen Punkt tatsächlich in der Familienpolitik dieses Landes aufzugreifen, die Abwärtsspirale zu stoppen, weiterhin für ausreichend Plätze zu sorgen und die Qualität in den Kitas zu gewährleisten. In dieser Hinsicht sind Sie uns, glaube ich, leider noch eine ganze Menge schuldig.

Ich finde es bedauerlich, dass Sie unsere regelmäßigen Anregungen nicht annehmen. Daher werden wir den Einzelplan 07 ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Düngel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen! Herr Düngel, ich bedanke mich für Ihre Äußerung zu unserer Punktlandung. Diese hatte jedoch wenig mit Glück zu tun, sondern mit ganz viel Arbeit und konstruktiver Politik.

Das ist nur deswegen gelungen, weil wir in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich eine Politik des Dialogs gestartet, eine Politik des Vertrauens entwickelt und eine Politik des zielgerichteten Handelns umgesetzt haben. Nur deswegen ist es uns tatsächlich gelungen, hier in Nordrhein-Westfalen die Situation der frühkindlichen Bildung so zu verbessern, dass man in der Tat, lieber Walter Kern, lieber Herr Hafke, davon sprechen kann, dass wir viel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht haben.

Lieber Herr Hafke, wenn Sie meinen, die Öffnungszeiten seien nicht flexibel genug und das würde keine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, dann gehen Sie bitte einmal in die Kindertageseinrichtungen. Über 50 % der U3-Betreuungszeiten sind für 45 Stunden gebucht.

(Marcel Hafke [FDP]: Sagen Sie das einmal den Eltern!)

Ich wage einmal, dahin gestellt sein zu lassen, ob die kleinen Kinder tatsächlich 45 Stunden in der Kita sind. Vielmehr möchte ich damit sagen, dass eine große Flexibilität in diesem Bereich möglich ist.

Auch in dem Kontext der Sprachbildung, der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen sind wir mit den Einrichtungen und den Trägern konsequent den Weg des Dialogs weitergegangen und haben uns zu einer Umgestaltung der Förderung der sprachlichen Bildung zu einer alltagsintegrierten Bildung aufgemacht, die auf viel Zuspruch gestoßen ist und die wir natürlich – Herr Hafke, ich bitte Sie ernsthaft, hier nicht solche Unwahrheiten zu behaupten – ganz konsequent in einer Qualifizierungsoffensive in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Diese Schritte haben wir bereits gemacht, und es wird einen Rollout in dieser neuen Sprachförderung in Nordrhein-Westfalen geben. Ich bin ganz sicher, dass man am Ende des Tages sagen kann: Das war der Weg in die richtige Richtung. Das ist für die individuelle Förderung von Kindern von besonderer Bedeutung.

Ansonsten möchte ich mich dem, was meine Kollegin Andrea Asch und mein Kollege Wolfgang Jörg gesagt haben, anschließen.

Ich freue mich auch über das Lob an die Landesregierung und gebe dieses immer gerne an die Fraktionen, aber auch an meine Abteilung mit Manfred Walhorn an der Spitze zurück. In der Tat hätten wir das in der Form sonst nicht umsetzen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Gleiches gilt natürlich auch für den Kinder- und Jugendförderplan, der engagiert von der Politik begleitet wird, im Land auf große Zustimmung stößt und schon viel bewirkt hat, was Partizipation und neue Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen angeht.

Lieber Herr Düngel, es ist nicht so, dass 15 Millionen € irgendwo nicht abgeflossen wären; das haben wir bisher in jeder Ausschusssitzung erörtert. Wir hatten am Anfang Anlaufschwierigkeiten, als wir 20 Millionen € on top draufgesattelt haben. Das braucht natürlich Zeit. Aber ich kann Ihnen versichern: In diesem Jahr fließen vermutlich 99 % aus diesem Kinder- und Jugendförderplan ab. Das heißt, es wird auch in diesem Bereich eine absolute Punktlandung geben, und das zahlt sich in der Fläche des Landes aus. Wie gut diese Dinge ankommen, spüren wir, wenn wir unterwegs sind und mit den jungen Menschen sprechen; das tun Sie ja auch.

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wir einen Riesenschritt nach vorne gekommen.

Bei der frühkindlichen Bildung sind wir einen Riesenschritt nach vorne gekommen.

Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, dass wir im Bereich der Familienbildung sehr gut aufgestellt sind. Dabei hilft uns natürlich auch – das möchte ich erwähnen – das Bundeskinderschutzgesetz.

Im Bereich der frühen Hilfen gibt es viele gute Initiativen, die das Projekt „Kein Kind zurücklassen“ unterstützen. Diesbezüglich bin ich mir sicher, dass wir am Ende des Tages sagen können, dass dieses Modellprojekt Vorbildcharakter hat und dass viele Überlegungen in anderen Kommunen in entsprechender Weise umgesetzt werden können. Das heißt nicht automatisch, dass unbedingt neues Geld in solche Projekte fließen muss. Vielmehr lautet das Zauberwort an der Stelle „Vernetzung“. Die Angebote müssen um das Kind herum entwickelt werden. Das Kind darf nicht von A nach B nach C geschickt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insofern denke ich, dass wir auch in dem Bereich gut aufgestellt sind und vorankommen.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen – die anderen Zahlen sind ja genannt worden –, nämlich auf das Belastungsausgleichsgesetz, das wir erarbeiten und verabschieden mussten. Im nächsten Haushaltsjahr werden 248 Millionen € zur Verfügung stehen, und dann geht der U3-Ausbau weiter; das ist auch im Haushalt dokumentiert.

Daher bitte ich Sie noch einmal, Herr Hafke: Sagen Sie nicht, beim U3-Ausbau passiere nichts. Sie sagen damit schlicht und einfach die Unwahrheit, und diese wiederholen Sie auch noch ständig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ärgert mich langsam. Sie sollten sich die Zahlen einmal anschauen und sie so wahrnehmen, wie sie sind.

Ich freue mich, dass der Bund noch einmal mit 118 Millionen € in das Investitionsprogramm ge-

steckt hat; das haben wir auch schon den Jugendämtern mitgeteilt. Denn das tut Nordrhein-Westfalen gut. Es ist alles vorbereitet, damit die Gelder fließen können. Auch das ist auf einem guten Weg.

Ich möchte einen Punkt ansprechen, den schon Frau Kollegin Asch angesprochen hat. Es geht um die Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Sie haben die Flüchtlinge angesprochen, die als Familien zu uns kommen. Ich möchte auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eingehen. Denn das ist ein Punkt, dem wir uns zunehmend zuwenden wollen und auch zuwenden müssen. Schließlich brauchen diese Kinder und Jugendlichen all unsere Unterstützung. Dafür werden wir in diesem Haushaltsplan den Ansatz von 43 Millionen € auf 87 Millionen € anheben.

Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, dass wir in Nordrhein-Westfalen mit der Umsetzung dieses Fachgespräches „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“, das wir seit 2011 regelmäßig durchführen, ein Kooperationsmodell geschaffen haben, das in wirklich schwierigen Situationen trägt. Das haben wir jetzt gemerkt. Wir haben eine gute Grundlage, um die anstehenden Veränderungen in diesem Bereich – zum Beispiel die Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge – im Konsens zu regeln und – das ist mir wichtig – in Kooperation mit dem Innenminister mit einer klaren jugendhilfegerechten Ausprägung umzusetzen. Das ist ein Thema, das uns in Zukunft mit Sicherheit noch stärker beschäftigen wird.

Deswegen meine ich, dass wir mit all den Dingen, die in diesem Haushaltsplan angelegt sind, viel für Kinder, Jugendliche und Familien tun, und das wird auch im nächsten Jahr so bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Nun spricht Herr Kollege Prof. Dr. Dr. Sternberg für die CDU-Fraktion.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum kleineren Teil des Einzelplans 07, nämlich zum Kulturhaushalt. Es soll ein Überrollhaushalt beschlossen werden. Zum Glück hat dieser das Niveau nach der Verdoppelung zwischen 2005 und 2010 und ist sogar noch mit dem kleinen Teil des Aufschlags aus der Minderheitsregierung von 2011 versehen.

Aber ein Überrollhaushalt ist es geblieben, und ein Überrollhaushalt bedeutet auch, dass – erstens – die Steigerung der Gehälter im öffentlichen Dienst keine Berücksichtigung findet, dass – zweitens – die Neustrukturierung des Kulturhauptstadtprogramms „JeKi“ mit seiner Ausdehnung auf das ganze Land kostenneutral, also durch Verkürzungen, umgesetzt

wird und dass – drittens – das mit fundamentalen Änderungen angekündigte Kulturfördergesetz keinen Niederschlag im Etat findet.

Das heißt im Gesamten: Es handelt sich bei diesem Etat letztlich um eine Kürzung der Kulturmittel. Die Botschaft an die Kulturszene lautet: Haltet die Füße still. Seid froh, wenn nichts gekürzt wird. – Und das gilt für einen Bereich, der ganz wesentlich auf Personalmittel angewiesen ist und diese aufzubringen hat. Das ist ein fatales, lähmendes Signal, und das angesichts eines Etats, der insgesamt doch eine Steigerungsrate von 2,7 % aufweist.

Ich möchte nicht noch einmal die Zahlen der ersten Lesung wiederholen, muss aber erneut auf die Denkmalmittel eingehen, die beim Straßenbau die Reste ihres kläglichen Daseins fristen. Das waren einmal knapp 12 Millionen €. Noch 2013 waren es 8,9 Millionen €. Im laufenden Haushalt sind es 2,9 Millionen €, und im kommenden Jahr sind es noch ganze 1,178 Millionen €. Meine Frage ist: Schämen Sie sich angesichts der stark angewachsenen Denkmalfördermittel des Bundes nicht, hier diesen Verfassungsbruch zu begehen

(Beifall von der CDU und der FDP)

und zu behaupten, es gehe bei diesen Miniaturbeiträgen um das Einhalten der Schuldenbremse?

Die vielen Ehrenamtlichen in diesem Bereich, die jetzt auf Kredite verwiesen werden, werden Ihnen diese Tatsache nicht vergessen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Her Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Mostofizadeh?

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Aber immer. Ich kann sie mir schon vorstellen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Bitte schön, Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Herr Prof. Dr. Dr. Sternberg, sind Sie genauso wie Ihr Kollege Herr Dr. Optendrenk der Auffassung, dass man bei allen Förderprogrammen 15 % kürzen kann und insofern auch im Kulturbereich 15 % kürzen kann? Das würde nach meiner Rechnung mindestens 20 bis 25 Millionen € ausmachen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Mostofizadeh, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage, zumal ich Ihnen sagen kann, dass der finanzpolitische Sprecher unserer Fraktion – das bereitet mir

große Freude – mittlerweile stellvertretendes Mitglied im Kulturausschuss ist und sehr intensiv und gut mitarbeitet und dass dieser finanzpolitische Sprecher schon mit Finanzpolitik zu tun hatte, als wir im Jahre 2008 zum ersten Mal in diesem Land einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt haben, und das bei einer Steigerung der Kulturmittel um 20 %.

(Beifall von der CDU)

Das heißt nämlich, dass man irgendwann einmal damit aufhören sollte, die geringen Kulturmittel als Symbolthema zu benutzen und jedes Mal wieder zu sagen: Mit den Kulturmitteln können wir den Haushalt entweder retten oder ins Verderben führen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nein!)

Das können Sie mit diesen knapp 3 Promille – es sind ja nur noch 2,6 Promille – des Etats ganz sicher nicht. Aber es funktioniert immer wieder, Herr Mostofizadeh – es gibt keine Rede von Ihnen, in der Sie nicht irgendwann auf diese Krümel hinweisen, damit die anderen Dinge gar nicht erst zur Sprache kommen. Wie gesagt, ich habe damit kein Problem.

(Beifall von der CDU)

Kommen wir zurück zum Kulturetat. Man hat den Eindruck – wie bei den Beratungen zum Kulturfördergesetz und auch bei den immer skandalöseren Banausigkeiten des Finanzministers –, wir Kulturlaute könnten mit dem kleinen Etat machen, was wir wollen, wir könnten auf der Spielwiese treiben, was wir wollen, nur wir dürfen den Laufstall nicht verlassen.

Aber Sie täuschen sich. Sie können vielleicht der zuständigen Ministerin einen Maulkorb verpassen, aber nicht den Menschen in diesem Land, für die Kultur wichtiger ist als offensichtlich für die Ministerpräsidentin und ihren Finanzminister.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss noch einmal auf das Thema „JeKits“ zurückkommen. Frau Ministerin, Sie haben uns im Ausschuss versprochen, dass das JeKits-Programm, so wie es jetzt gestaltet wird, sehr wohl noch überarbeitet werden kann, dass es sozusagen Work in Progress ist.

Ich finde den Ansatz gut, das möchte ich hier noch einmal bestätigen, aber ich würde Sie ausdrücklich bitten: Nehmen Sie die Bedenken ernst, die insbesondere aus dem Musikschulverband, aber auch aus den betroffenen Städten und Kommunen geäußert werden. Vielleicht lässt sich da doch noch etwas machen, sodass trotz dieser verminderten Mittel, trotz des Rückfahrens des Programms doch noch eine sinnvolle Lösung zustande kommt. Ich habe den Eindruck, dass man in der Szene sehr wohl bereit ist, gut mit Ihnen zusammenzuarbeiten.

Ich hatte schon die Zeit von 2005 bis 2010 in Erinnerung gerufen. Man kann sparen, man kann den

Haushalt zurückfahren, aber man kann die Kultur trotzdem wichtig nehmen. Sie werden jetzt wieder das Lied anstimmen, dass es doch die Kommunen sind, die bei uns Kultur betreiben und fördern. Das ist richtig.

Aber eines sei Ihnen gesagt – sofern überhaupt noch jemand da ist –: Auf Dauer wird es nicht möglich sein, diese Aufgaben komplett bei den Kommunen abzuladen. Die Kommunen sind mit bestimmten überregionalen Aufgaben bereits überlastet; das werden sie nicht mehr leisten können. Deshalb werden wir tendenziell zu einer Erhöhung der Kulturbeiträge des Landes kommen müssen.

Es gab auch mal Ministerpräsidenten, die wussten, dass die Höhe des Kulturetats nicht primär eine Frage des Haushalts ist, sondern eine Frage der Anerkennung und Wertschätzung der Kultur. In den Beratungen 2013 haben wir einen Antrag gestellt, die Mittel um 16 Millionen € auf 196 Millionen € zu erhöhen und so wieder auf den Stand von 2011 zu bringen. Das haben wir diesmal nicht getan. Es ist auch unsinnig, weil die parlamentarischen Spielregeln so sind, wie sie eben sind. Wir lehnen den Etat selbstverständlich ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sternberg. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt für Kunst und Kultur stellt sich erneut als verlässlich, als ausgewogen und als stabil dar. Erneut reiht er sich ein in die erfreulichen Haushalte, die seit 2011 verabschiedet wurden und die die fünf höchsten Ansätze für Kunst und Kultur in NRW enthielten. Dieser Haushalt gehört nun also auch dazu.

Doch er schreibt nicht nur das Bewährte mit der gewohnt unaufgeregten und ruhigen Hand der Ministerin fort, sondern er setzt auch eigene Impulse. Die erfreuliche Nachricht lautet daher: Der Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt in NRW wird weiterhin konsequent beschritten. Gleichzeitig bleibt der Kulturhaushalt stabil und steigt sogar leicht an.

Das ist ein gutes und wichtiges Signal. Der Landeshaushalt für Kunst und Kultur ist damit auch weiterhin ein gutes Vorbild für die nach wie vor in weiten Teilen der Kommunen schwierige Situation der Finanzierung von Kunst und Kultur.

Lassen Sie mich noch einmal kurz auf Folgendes eingehen: Ich rede nicht immer nur von den Kommunalfinzen – aber wer nicht versteht, dass die Kommunalfinzen die Voraussetzung für die kommunale Selbstverwaltung sind, die dann Kunst und Kultur anbietet, dem kann man dies nur immer wieder erneut sagen, weil man es sagen muss.

Gleichzeitig stellen wir die Weichen neu bzw. kümmern uns um die Belange der Künste, der Künstler und der Institutionen im Land. Hier geht nicht immer nur um ein Mehr, sondern hier geht es auch um Qualität. So wird beispielsweise das Projekt JeKi umgestaltet, damit es nun wesentlich mehr Kinder erreichen kann und damit es nun zu einem Projekt wird, in welchem junge Menschen ihre Fähigkeiten darstellen und positiv erfolgreich erleben können.

Nachdem wir jahrelang erst einmal zur Stabilisierung dieses Projekts beitragen mussten, haben wir jetzt die Möglichkeit – nachdem wir gesehen haben, dass gerade im dritten und vierten Jahr so gut wie keine Kinder mehr da sind –, diesen Schritt in die richtige Richtung zu unternehmen.

Wir befinden uns ebenfalls auf der Zielgerade bei der Verabschiedung des Kulturfördergesetzes – eines Gesetzes, welches die Ziele, die Schwerpunkte und die Grundsätze der Kulturförderung beschreibt und sich bundesweit auf aktuellstem Stand der kulturpolitischen Diskussion befindet.

NRW ist weiterhin die Speerspitze für die gerechte Verteilung der sogenannten digitalen Dividende. Das heißt: In vielen Bereichen kümmern wir uns schlicht und ergreifend darum, dass es der Kunst und der Kultur in Nordrhein-Westfalen gut geht und dass das auch so bleibt.

Der Haushalt an sich setzt aber auch noch einmal fiskalische Impulse. So wird beispielsweise der Mittelansatz für die zum besten Klangkörper NRW gewählte MusikFabrik NRW erhöht. Ebenso wird die Bibliotheksförderung ausgeweitet. Das Ziel ist und bleibt hierbei die konsequente Weiterentwicklung der öffentlichen Bibliotheken zu modernen Medienzentren.

Es wird ein Büro für bildende Kunst entstehen, die Arbeit im Hinblick auf das Digitale Archiv NRW wird intensiviert, und das Afas wird ebenfalls unterstützt. Außerdem gibt es mehr Geld für innovative Projekte im Bereich Inklusion und Interkultur, so zum Beispiel auch für das Westfälische Landestheater.

Es ist nicht primär die Aufgabe von Kunst, Verständnis und Toleranz zu entwickeln. Es ist auch nicht primär die Aufgabe von Kunst, die positive Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft hin zu einer humaneren Gesellschaft zu forcieren.

Aber Kunst und ihre Darstellungsform sind besonders geeignet, auch dies zu schaffen: Wissen, Verständnis, Empathie, Auseinandersetzung mit Vorurteilen, den realen gesellschaftlichen Situationen und mit sich selbst. Darauf jedenfalls reagieren wir; denn wer eine humane und zukunftsfähige Gesellschaft mit selbstbewussten und toleranten Bürgern anstrebt, muss in Kunst und Kultur investieren.

Wie wichtig diese Diskussionen um das Aushandeln unserer Werte sind, sehen wir bei vielen tagespolitischen Auseinandersetzungen. Das war gerade

auch im letzten Jahr der Fall. Wie wichtig es aber auch ist, sich seiner Werte und der Werte anderer zu vergewissern, und wie wichtig es ist, diese anderen Werte zu akzeptieren, das sehen wir meist in Negativform dort, wo es eben nicht gelungen ist. Kunst und Kultur sind hierbei kein Korrektiv, stellen aber die Plattformen bzw. die Bühnen für Auseinandersetzung und Verständnis bereit. Daher ist sie uns auch so viel wert.

Jeder Tag ist ein guter Tag, um über Kunst, Kultur und Kulturpolitik zu sprechen – besonders wenn man solche Haushalte zu verabschieden hat und dieses kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bialas. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Schmitz.

Ingola Schmitz^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie, dass ich zu Beginn meiner Rede noch einmal kurz das aufgreife, was die Kollegin Asch – dabei ging es um das Matthäus-Evangelium – in den Raum gestellt hat: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.“

Was erkennen wir denn, wenn wir die Taten der Landesregierung betrachten? Die Landesregierung treibt Nordrhein-Westfalen auch weiterhin in die Schuldenfalle. Sie nehmen 2,24 Milliarden € an neuer zusätzlicher Verschuldung auf. Da ist ein Armutszeugnis. Am Kulturhaushalt kann diese miserable Bilanz nicht gelegen haben. Das ist die bittere Wahrheit für uns Kulturpolitiker. Der Kulturhaushalt verhartet weiter auf niedrigem Niveau.

Ich erinnere daran: Im Haushalt 2013 hatten SPD und Grüne die Kulturförderung um knapp 14 Millionen € gekürzt. Das wurde bis heute nicht kompensiert. Die Denkmalförderung haben Sie praktisch vollständig eingestellt – und das trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe.

Es ist schwer zu glauben, aber in diesem Jahr hat die Landesregierung ihre bisher schon dürftige kulturpolitische Leistung sogar noch einmal unterboten; denn sie hat den Ausverkauf der nordrhein-westfälischen Kultur eingeleitet. Bereits im September hatte ich im Ausschuss für Kultur und Medien auf den geplanten Verkauf zweier Werke von Andy Warhol durch den landeseigenen Kasinobetreiber WestSpiel hingewiesen. Da hatten Sie aber noch die Hoffnung, das weiterhin still und heimlich über die Bühne zu ziehen. Die Debatte nahm jedoch Fahrt auf. Sie mussten sich im Oktober auf Antrag der Piratenfraktion im Ausschuss neu erklären.

Die üblichen Reflexe ließen nicht lange auf sich warten. Die Ministerpräsidentin erklärte, dass die Landesregierung nichts damit zu tun habe und der Verkauf der Werke eine reine Unternehmensent-

scheidung sei. Sie philosophierte über die rechtliche Eigenständigkeit des Unternehmens. Diese Zeit hätte sie lieber dafür nutzen sollen, ihre Minister und ihre Koalitionskollegen zu fragen, wie eng sie in die Verkaufsentscheidung eingebunden waren.

Um zu zeigen, wie sehr diese sie sogar selbst befördert haben, nenne ich nur einige Beispiele: Der Finanzminister hatte den abgesprochenen Verkaufserlös bereits in den Haushalt eingepreist. Innen- und Wirtschaftsminister sind als Aufsichtsorgane von WestSpiel bzw. der NRW.BANK zumindest nicht eingeschritten. Die Kulturministerin hat die Exportgenehmigung erteilt, und der Vorsitzende der regierungstragenden Fraktion Die Grünen erklärte ganz offen, dass er den Verkauf sogar offensiv befördert habe und dass man mit diesem Verkauf erst am Anfang einer Diskussion stehe.

Meine Damen und Herren, die Bilder sind nun – in New York übrigens – versteigert worden; denn die hier anfallende Mehrwertsteuer wollte sich die Landesregierung gerne sparen. Der Damm ist gebrochen, wovor nicht zuletzt der Deutsche Kulturrat gewarnt hatte. „Der Tiger“ ist los: Gerhard Richters Bild gehört dem Kunstmuseum Leverkusen. Jetzt soll das Gemälde nach dem Vorbild des Kunstverkaufs der Warhol-Siebdrucke veräußert werden. Sei es das Kunstmuseum Leverkusen, sei es die Portigon AG oder der WDR – sie alle haben das fatale Signal der Landesregierung aufgenommen und eilen, ihre Kunstschatze zu verkaufen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Fließen die erheblichen Veräußerungserlöse nun aber wenigstens in den Kulturhaushalt zurück? Nein, mit der Veräußerung der Warhol-Werke wird beispielsweise das Defizit der staatlichen Spielhallen in Nordrhein-Westfalen ausgeglichen. Damit soll ein neues Kasino finanziert werden. Aus kulturpolitischer Sicht ist das schlicht und ergreifend erbärmlich und zeugt davon, dass Kunst lediglich als finanzielle Rücklage betrachtet wird.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Bialas?

Ingola Schmitz^{*)} (FDP): Bitte schön, Herr Bialas.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Bialas, bitte schön.

Andreas Bialas (SPD): Herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Ich habe nur eine Frage. Sie haben gerade nach dem Motto „Die Landesregierung hat Bilder verkauft“ eine Reihe aufgemacht. Das hat sie de facto nicht gemacht. Daran hätten sich aber andere orientiert, auch der WDR. Sie wissen schon, dass Tom Buhrow in seiner Erklärung

nach 100 Tagen im Amt bereits erklärt hat, dass er auf seine Kunstsammlung insoweit verzichten wolle, als er beabsichtige, sie zu etatisieren. Das war zeitlich deutlich vor dem Beschreiten des Weges, die Warhol-Bilder in den Verkauf zu geben. Wissen Sie das und etwas über die sich daraus ergebenden Folgeerscheinungen? Wie weit können Sie dazu Stellung nehmen?

Ingola Schmitz^{*)} (FDP): Es ist richtig, dass das nicht ganz vergleichbar ist; dennoch ist aber auch der WDR gewillt, seine Kunstwerke zu veräußern.

Laut Koalitionsvertrag von SPD und Grünen sollen Kunst und Kultur einen zentralen Platz einnehmen. Das gilt offenbar nicht für den Haushalt. Es gilt auch nicht, wie der Fall Warhol zeigt, für Ihr Regierungshandeln. Laut Koalitionsvertrag von SPD und Grünen wollen Sie auch die Vielfalt der Kultur vor Ort sichern. Große Worte – allein mir fehlt der Glaube. Es folgen keine Taten, denn die von Ihnen vorgenommen Kürzungen bei der Kultur treffen gerade die Kommunen – und das, obwohl bereits jetzt in Nordrhein-Westfalen die Kommunen den größten Beitrag zur Kulturförderung leisten.

Überhaupt werden – wie wir heute bereits des Öfteren gehört haben – zunehmend Aufgaben des Landes auf die Kommunen abgewälzt. Während die Kommunen in den anderen Flächenländern knapp 53 % der öffentlichen Kulturausgaben tragen, sind es bei uns über 75 %. Umso kleiner ist der Anteil des Landes.

Auch das zeigt: Auch der Kulturhaushalt ist eine einzige Enttäuschung, und das Kulturfördergesetz ist bei dieser Betrachtung eine einzige Farce. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schmitz. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kulturhaushalt bleibt konstant. In der Fachsprache heißt das, er wird überrollt. Das ist in Zeiten von Schuldenbremse und Sparnotwendigkeiten ein gutes Signal – auch an die Kommunen. Denn, meine Damen und Herren, den Löwenanteil der Kulturförderung leisten die Kommunen mit über 2 Milliarden €. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Kommunen unterstützen. Unsere Anstrengungen zur Entlastung der Kommunen sind auch für die Kultur eine wichtige Entlastung.

Das möchte ich hier noch einmal besonders hervorheben, weil sich der Kollege Sternberg vor der Beantwortung der Frage, die der Kollege Mostofizadeh gerade gestellt hat, etwas gedrückt hat. Sie leben

nach dem Motto: Morgens Sparkommissar, abends die Spendierhosen an, und tagsüber „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

So einfach geht es wirklich nicht, Herr Dr. Sternberg; das kann ich Ihnen nicht durchgehen lassen.

Wir haben besonders bei Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche wichtige Schritte unternommen, die in diesem Haushalt abgebildet werden: „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“. Wir haben JeKi, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, neu konzipiert und landesweit angelegt. Der Kernpunkt ist gemeinsames Musizieren. JeKits will Kindern die Erfahrung des Instrumentalspiels, des Tanzens oder des Singens als ästhetisches Handeln in der Gruppe ermöglichen.

Wir wollen Teilhabe für die Kinder und Jugendlichen, deren Eltern vielleicht kein Opernabo haben. Wir wollen darüber hinaus einen Impuls für unsere kommunale Bildungslandschaft setzen, dass wir in der Kooperation mit Schule und mit den außerschulischen Partnern Kinder und Jugendliche nachhaltig bereichern, indem wir ihnen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen.

Da kommt immer der Anwurf – zumindest war das in den Ausschussberatungen so –, es seien zu wenige Mittel da. Dann möchte ich als Gegenbeispiel das wunderbare Programm, das die rot-grüne Regierung ebenfalls gestartet hat, nämlich den Kulturrucksack, nennen. Dabei geht es um die Heranführung von Kindern und Jugendlichen an Kunst und Kultur in inzwischen über 190 Kommunen mit einem bescheidenen Anteil im Kulturretat von 2,5 Millionen €. Daran kann man sehen, wie man auch mit wenigen Mitteln und den richtigen Konzepten viel bewegen kann.

Mehrere Tausend Kinder und Jugendliche sind durch diese Programme in Kontakt zu Kunst und Kultur sowie zur Auseinandersetzung mit ästhetischer Bildung gekommen. Das ist ein gutes Beispiel. Wir wollen JeKits auf das gesamte Land ausweiten. Ich glaube, dass das ein guter Akzent ist. Herr Prof. Dr. Sternberg, seien Sie ehrlich: Das haben Sie immer wieder gefordert. Sie haben uns immer vorgeworfen, dass die Bindung von JeKi an das Ruhrgebiet nicht mehr zeitgemäß sei. Das ändern wir, und das sollten Sie auch anerkennen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt außerdem – darauf will ich ganz kurz eingehen – Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie setzen Akzente in den Bereichen Inklusion, Integration, Interkultur und Digitales Archiv. Dabei gibt es eine leichte Anhebung des Etats. Das ist eine gute Nachricht für das Kulturland Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Kollege Lamla.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Der Kulturhaushalt wird nicht gekürzt. Er wird überrollt. Meine Vorredner erklärten das eben schon. Das ist so weit ganz gut, aber bei Weitem kein Grund zum Jubeln.

Frau Ministerin, ich würde ganz gerne drei Punkte ansprechen, bei denen es noch mangelt und bei denen wir durchaus Nachholbedarf sehen.

Erstens. Das Kulturfördergesetz ist nicht nur in meinen Augen mehr eine gute Absichtserklärung als eine wirkliche Stärkung der Kunst- und Kulturlandschaft in NRW. Dieses Gesetz der schönen Worte für Kunst und Kultur bleibt auch weiterhin eine Absichtserklärung, wenn es als finanzielle Nullnummer verabschiedet wird. Ein Mindestmaß an Mitteln wird benötigt, um die Maßnahmen nach diesem Gesetz finanziell zu stützen. Sonst haben wir nur eine schöne Absichtserklärung, einen Förderplan, der die Kulturhaushalte in den nächsten fünf Jahren beschreibt. Das, meine Damen und Herren, ist nicht wirklich wegweisend.

(Beifall von den PIRATEN)

Daher haben wir auch zusätzliche Mittel für diese Maßnahmen nach dem kommenden Kulturfördergesetz beantragt. Das wurde leider im Haushalts- und Finanzausschuss wie erwartet abgelehnt. Das war keine große Überraschung; das ist halt so. Aber ganz ehrlich: Ich finde es absurd, wenn einerseits ein Prestigeprojekt von der Landesregierung nach vielen Ankündigungen, Dialogen mit den Betroffenen an den Start gebracht wird, aber das Ganze nichts kosten soll. Meine Damen und Herren, ich würde das Kostenloskultur nennen.

(Heiterkeit von den PIRATEN – Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

– Aber ich will nicht nur kritisieren, sondern auch etwas Positives erwähnen, Herr Abel, nämlich die Digitalisierung und die digitale Archivierung. Ihr Antrag auf 500.000 € zu diesem Zweck ist bei uns im Gegensatz zur Null-Euro-Nummer Kulturfördergesetz positiv aufgenommen worden. Wenigstens wollen Sie mehr Mittel für die digitale Archivierung und die Digitalisierung ausgeben bzw. zuweisen. Das finden wir gut. Daher tragen wir zumindest diesen Antrag von SPD und Grünen mit und haben entsprechend unseren eigenen Änderungsantrag zum Haushalt zurückgezogen, der nicht so weit ging.

Allerdings gibt es da auch einen kleinen Wermutstropfen, auf den ich hinweisen muss. Mich würde dringend interessieren, warum dieser Ansatz für 2015 um eine halbe Million € aufgestockt wird, während die Verpflichtungsermächtigung in den kom-

menden Jahren weiterhin gleich bleibt. Es ist inkonsistent, einerseits die Mittel für 2015 zu erhöhen, aber gleichzeitig die Verpflichtungsermächtigung nicht mit zu erhöhen. Die Archive brauchen nämlich Planungssicherheit.

Die Digitalisierung von Kulturgut ist allerdings nicht nur eine Landesaufgabe, sondern sie muss vor allem in den Kommunen Nordrhein-Westfalens durchgeführt werden.

Daher haben wir auch hier zusätzliche Mittel für die Kommunen beantragt, damit diese ihre Kunst- und Kulturgüter digitalisieren, erhalten und zugänglich machen können. Um genau dies zu verstetigen, haben wir auch dort eine Verpflichtungsermächtigung beantragt. Wir wollen nämlich sicherstellen, dass die Gelder in den nächsten drei Jahren bereitstehen, dass die kommunalen Archive damit planen und entsprechend stetige Konzepte ausarbeiten und diese dort auch greifen können.

Da sind jetzt gute Ansätze geschaffen worden, zumindest mit diesem einen Antrag, damit dieses Projekt, das Digitale Archiv, endlich in Fahrt kommt.

Ich überspringe jetzt etwas; dazu haben nämlich meine Vorredner bereits etwas gesagt, und mir rennt die Zeit ein bisschen weg.

Zum Schluss möchte ich noch zu einer Sache kommen, bei der ein seit 2012 nicht mehr angesetzter Fördertopf mal wieder reaktiviert werden sollte, nämlich die Mittel für Ankäufe für die Kunstsammlung NRW. Wir haben diese Wiedererhöhung der Mittel auf den Stand von 2012 beantragt. Das wären 800.000 € zum Kauf von Kunstwerken für die Kunstsammlung NRW. Hier könnte NRW ganz besonders seine jungen Künstlerinnen und Künstler aus dem Bereich der Digital Arts unterstützen und fördern. Diese Schwerpunktsetzung würde NRW als Medien- und Kulturland deutlich unterstreichen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und bis gleich.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lamla. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich freue mich, dass es in Zeiten knapper Kassen gelungen ist, diesen Kulturhaushalt auf diesem Niveau zu halten. Ich denke, wir können damit noch einmal unter Beweis stellen, dass wir auch im kommenden Jahr ein verlässlicher Partner aller Kulturschaffenden und aller Kulturverantwortlichen in Nordrhein-Westfalen sein werden und dass wir die Kommunen auch bei ihrer vielfältigen Arbeit im Bereich Kunst und Kultur bei den Projekten unterstützen und sie aktiv begleiten können.

Ganz besonders aktiv begleiten wir sie tatsächlich bei der kulturellen Bildung. Das ist auch eine ganz wunderbare Besonderheit von Nordrhein-Westfalen; da sind wir sehr gut aufgestellt. Die Projekte sind genannt worden. „Kultur und Schule“ möchte ich der Vollständigkeit halber noch einmal erwähnen.

Ich freue mich auch, dass der „Kulturrucksack“ so gut angenommen wird und ich freue mich, Herr Prof. Sternberg, wenn ich das sagen darf, auch auf Ihre positive Einlassung zu JeKits. Das werden wir als Work in Progress begleiten und auf Wiedervorlage legen, schauen, wie es läuft und was wir daran auch noch optimieren können. Das sollte man bei Projekten in der Regel immer tun. Also, da freue ich mich auf die Zusammenarbeit.

Ganz besonders spannend finde ich – jetzt komme ich auf den großen neuen Punkt –, wie wir demnächst mit dem Kulturfördergesetz in Zukunft umgehen werden. Das wird bald vom Landtag verabschiedet werden. Und an dieser Stelle – ich habe das bereits im Ausschuss getan – möchte ich der Abteilung, ganz besonders dem Abteilungsleiter Herrn Landmann meinen herzlichen Dank aussprechen für die Arbeit, die er in die Vorbereitung investiert hat. Mein Dank geht natürlich auch an die Fraktionen für die Unterstützung.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Holger Ellerbrock [FDP])

Dass es nicht ganz leicht war, in diesen Zeiten ein Kulturfördergesetz anzuschieben und auf den Weg zu bringen, wissen alle, die daran maßgeblich beteiligt waren.

Ich möchte, weil einige sagen, es sei vielleicht nicht so ausgefallen, wie wir das erwartet hätten, an der Stelle deutlich machen: Es bietet in der Tat Verlässlichkeit, und Verlässlichkeit über einen längeren Zeitraum ist das, was Kulturschaffende wirklich brauchen. Es wird Vereinfachungen bei der Förderung geben. Es wird den Landeskulturbericht geben. Das heißt, das Parlament wird sich regelmäßig hier mit der Situation der Kultur im Land beschäftigen. Das umfasst natürlich nicht nur die Landeskultur, sondern auch die Kultur der Kommunen.

Das alles hier im Landtag zu debattieren, von einem Kulturförderplan begleitet, ist schon eine Herausforderung, der wir uns stellen, der wir uns aber auch gerne stellen, weil ich glaube, dass es der richtige Weg ist und dass Nordrhein-Westfalen das erste Bundesland in Deutschland ist, das einen Kulturförderplan aufstellt. Ich denke, das kann uns auch stolz machen.

Es ist so, dass alles, was in diesem Kulturfördergesetz steht, auch finanziert ist. Denn manchmal wird gesagt, das sei mit nichts hinterlegt. Alles, was dort drinsteht, können wir auch mit unserem Kulturerbe finanzieren. Es ist von Herrn Bialas schon angesprochen worden, dass die Bibliotheksförderung

noch einmal verstärkt und ein besonderer Fokus darauf gelegt wird.

Es ist das Digitale Archiv angesprochen worden. Sie hatten eben die Frage, was eigentlich mit den 500.000 €, die jetzt in den Haushalt eingestellt sind, passieren kann. Das kann ich Ihnen gerne erläutern. Das ist für uns sehr schön, weil wir das Portal, also den Zugang, der einmal für dieses Digitale Archiv geschaffen werden muss, auch von Anfang an mit planen können. Das ist das Positive. Dafür noch einmal herzlichen Dank, auch an die Fraktionen, dass sie uns dort unterstützt haben!

Eben ist auch angesprochen worden: Was machen wir eigentlich bei der Künstlerförderung? Da ist Nordrhein-Westfalen in der Tat auch in der Breite sehr gut aufgestellt, und es wird ein Baustein dieses Kulturfördergesetzes sein. Wir wollen das Profil schärfen und noch deutlicher nach außen darstellen können, was wir alles im Bereich der Kulturförderung tun.

Ich freue mich auf ein spannendes Jahr für die Kultur, freue mich auf viele Festivals, die wir auch als Land unterstützen, ganz besonders immer auf die Ruhrtriennale, unser herausragendes internationales Festival. Ich würde mich freuen, wenn ich viele von Ihnen bei vielen Veranstaltungen der Kunst und Kultur im Land sehen und Ihnen begegnen würde. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Müller. – Jetzt geht es um die Sportkultur, nehme ich an.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Christof Rasche [FDP]: Hallo Holger!)

Es wird ja oft von den Regierungsparteien behauptet, wir hätten keine Vorschläge. Ich schlage für die CDU-Fraktion eine Erhöhung des Betrages der Übungsleiterpauschale in Höhe von einer Million vor, auch zur Stärkung des Ehrenamtes, dessen Wichtigkeit die Ministerin bei jeder Gelegenheit schriftlich und mündlich betont. Es ist natürlich auch zur Heranbildung des Nachwuchses wichtig.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Und der Deckungsvorschlag?)

Dann kommt normalerweise reflexartig der Ruf – genau, schönen Dank, Herr Priggen –: „Deckungsvorschlag!“

(Reiner Priggen [GRÜNE]: So sind wir!)

Selbstverständlich haben wir einen Deckungsvorschlag. Die Frage nach dem Deckungsvorschlag

kam so überraschend, dass man sich schon seit Wochen darauf vorbereiten konnte.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Wir beantragen gleichzeitig, zwei Millionen aus dem Schuldendienst zu nehmen – Bonifikation und Disagio. Davon nehmen wir dann eine Million für den Sport.

(Zuruf: Raffiniert!)

Dann möchte ich noch zu einem anderen Thema kommen. Nordrhein-Westfalen übernimmt ja den Vorsitz in der Sportministerkonferenz. Ich habe für die letzte Sportausschusssitzung höflichst einen Bericht des Ministeriums erbeten, was denn Nordrhein-Westfalen in den nächsten beiden Jahren plant. Hätte man mir gesagt, dass das noch zu früh sei, das könne man jetzt noch nicht sagen, wäre mir sicher ein Kommentar dazu eingefallen. Damit hätte ich mich ja noch zufrieden gegeben.

Doch dann kommt schon ein beeindruckendes Kurzwerk. Ich möchte zitieren aus dem Konzept „Nachwuchs-Leistungssportförderung effektiver gestalten“. Dann kommt – wegen der Kürze der Zeit, die meine Vorredner mir gelassen haben, kann ich das hier nicht vorlesen – eine beeindruckende Aneinanderreihung von orthographisch und auch sonst richtigen nichtssagenden Sätzen. Dann kommt für mich das Allerschärfste:

Darüber hinaus werden unter anderem bedeutende Themen wie Sport und Lärm, Antidopinggesetzgebung, Fanprojekte und Sicherheit im Fußball weitergeführt. – Das ist in Ordnung; das halte ich auch für gut. Nur: Damit gewinnen wir natürlich keine einzige Medaille. Denn diese Disziplinen sind im internationalen Wettbewerb noch nicht bekannt.

Frau Ministerin, ich hätte schon erwartet, da Sie sich an anderer Stelle auch für die Olympischen Spiele einsetzen, was ich für gut halte, ...

(Zuruf von Ministerin Ute Schäfer)

– Ja, habe ich gesagt. Ich halte übrigens auch die Regelungen zur NADA für gut. Das ist in Ordnung; das habe ich auch im Sportausschuss gesagt. Dann sagen Sie, Sie wollten die Olympischen Spiele fördern. Das ist in Ordnung. Wir werden auch alle dafür sein.

In dem Zusammenhang möchte ich noch auf andere Dinge zu sprechen kommen, die vielleicht konkreter hätten angesprochen werden können, wo Sie allerdings noch die Chance haben, das in Zukunft zu tun.

Wir haben laut DOSB seit Jahren unwidersprochen einen Investitionsstau bei Sportstätten von rund 42 Milliarden € bundesweit. Das halte ich für ein wichtiges Thema. Ob das jetzt 38 oder 45 Milliarden € sind – darum geht es nicht. Wir brauchen aber, insbesondere bei dem infrastrukturellen Zustand vieler Sportstätten, übrigens auch in Nord-

rhein-Westfalen, sichtlich so etwas wie einen „Goldenen Plan“, den es früher einmal gab, wo also Land, Bund und Kommunen zusammenarbeiten. Frau Schäfer, wenn Sie das machen würden, könnten Sie sich für die nächsten 20 Jahre fast unsterblich machen.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Das wäre auch eine gute Sache.

Abschließend: Es wird auch nichts zum Schwimmen gesagt. Wir haben das böse Problem, dass rund 30 % der Schüler Nichtschwimmer sind. Wir haben in diesem Jahr – leider erstmals seit Jahren – wieder eine Steigerung der Nichtschwimmertoten. Das werfe ich niemandem vor. Aber es wäre sehr gut, wenn Sie in diesen beiden Bereichen aktiv werden könnten.

In dem Sinne bieten wir Ihnen unsere konstruktive Mitarbeit in diesen Fragen auch weiterhin gerne an.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Müller. – Für die SPD tritt als nächster Redner Herr Kollege Bischoff ans Pult.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsdebatten mit der Opposition zum Sporthaushalt laufen jedes Jahr gleich ab. Herr Müller, der immer vor mir spricht – die anderen von der Opposition reden gleich noch – steht hier und redet kaum zum Haushalt. Er hat jetzt über die Sportministerkonferenz gesprochen. Das hat er auch im Ausschuss schon getan.

(Zurufe von Christof Rasche [FDP] und Marc Lürbke [FDP])

– Ob die Rede gut war, da habe ich durchaus eine andere Bewertung. Es war eine Rede, aber nicht zum Haushalt, außer einem ganz kurzen ersten Teil. Das läuft auch immer gleich. Wir haben immer den Verdacht, dass die Opposition eigentlich den Sporthaushalt ganz gut findet. So will ich es einmal formulieren. Ich will es gleich auch noch begründen. Dann sucht die jeweilige Partei einen Punkt, damit sie am Ende meinem Appell nicht folgen muss, nämlich dem Haushalt zuzustimmen.

Das hat Herr Müller wieder gemacht. Jetzt hat er sich das Ehrenamt ausgesucht – das klingt gut –, und damit hat er jetzt einen Punkt gemacht. Damit es nicht auffällt, dass er sonst keine Punkte hat, erzählt er etwas von der Sportministerkonferenz und sucht sich irgendein Thema, von dem er meint, darüber könne man diskutieren.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Das könnte man unter ganz anderen Punkten diskutieren, aber nicht zum Haushalt.

Das Verfahren kennen wir also schon. Das erlebe ich hier alljährlich so. Es ist auch ganz gut, weil dahintersteckt, dass die Opposition mit dem Haushalt eigentlich ganz zufrieden ist. Das kann sie auch sein.

Denn wir haben in der Tat im Sporthaushalt einen großen Faktor, den Pakt für den Sport. Für die Nichtfachleute will ich es noch einmal sagen: Es geht um einen Vertrag zwischen der Landesregierung und dem Landessportbund, wo feststehende Beträge pro Jahr festgeschrieben werden. Dieser Pakt für den Sport schafft für die Sportorganisationen Planungssicherheit, aber eben auch Vertrauen und Verlässlichkeit seitens der Politik. Der hat sich bewährt. Der hat sich nicht nur für die Haushaltsberatungen bewährt, der hat sich bei der Haushaltsperre, die wir durch den Finanzminister verhängt bekommen haben, ebenfalls bewährt, weil da auch Planungssicherheit weiterbestehen konnte.

Es ist also eine Errungenschaft. Das hätte Herr Müller jetzt auch sagen können, denn er weiß auch, dass das so ist. Es ist natürlich so, dass wir ein paar Kürzungen haben, die jedoch sehr moderat ausfallen.

Eine der zwei wesentlichen Kürzungen im Sporthaushalt ist die, dass das DFB-Museum ausfinanziert ist. In Dortmund wird das Deutsche Fußballmuseum gebaut. Da können wir deshalb 3,2 Millionen € einsparen, weil wir sie nicht mehr brauchen, weil ausfinanziert ist und weil die Landeszuschüsse in 2015 nicht mehr notwendig sind. Es ist also eine Einsparung, die nicht weh tut.

Als Zweites haben wir allerdings eine etwas schmerzlichere Kürzung im Sportstättenbau, wo wir 500.000 € einsparen. Das ist schmerzhaft; das sage ich hier auch. Aber wir müssen in allen Bereichen sparen, auch dort. Allerdings verhindert es keine Projekte, sondern es verzögert Projekte. Das ist mir wichtig: Es verhindert keine Sportstättenbauprojekte, sondern es zögert sie nur hinaus, weil die Liste nach hinten hin länger wird, wenn 500.000 € weniger da sind.

Das alles halten wir für einen Erfolg. Ich weise noch einmal darauf hin: Insbesondere der Pakt für den Sport ist ein großer Erfolg, den auch die Sportvereine, Sportverbände als solchen würdigen. Sie wissen sehr zu schätzen, dass wir als Politik positiv mit ihnen umgehen.

Deswegen kann ich zum Schluss nur noch Herrn Müller anschauen, aber es kommen auch noch Herr Lürbke und Herr Lamla. Springen Sie über Ihren Schatten und stimmen Sie dem Sporthaushalt zu! Ich denke, Herr Lamla und Herr Lürbke führen das Muster vielleicht nicht mehr ganz so weiter, dass sie einen Punkt herausheben und erklären, dass das alles ganz anders kommen müsse, um ein Alibi zu

finden, nicht zuzustimmen. Also stimmen Sie zu, springen Sie über Ihren Schatten. Dann hätten wir einmal die viel besungene Sportlerfamilie auch hier im Plenum zusammen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bischoff. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bischoff, ich werde mir nicht nur einen Punkt herauspicken. Tatsächlich gibt es in diesem Haushalt mehrere Punkte, die man sich genauer anschauen muss.

Ich trage Ihnen einmal ein Zitat vor: „Fair Play bedeutet, das Foul so versteckt zu machen, dass der Schiedsrichter es nicht sieht.“ Das stammt nicht von mir, sondern von Dieter Hildebrandt, passt aber doch ganz gut zu den Beratungen zum Sporthaushalt: das Foul offenbar so versteckt zu machen, dass der Schiedsrichter oder der Bürger es womöglich gar nicht bemerkt.

Meine Damen und Herren, wir haben hier aber doch einige grobe Fouls im Sportetat erkannt. Beispielsweise wird im diesjährigen Haushalt durch die titelscharfe Ausbringung der globalen Minderausgabe ausgerechnet an der Sportinfrastruktur gespart. Herr Bischoff, Sie haben das bereits gesagt. Schon alleine das ist besorgniserregend.

Darüber hinaus hat die Sportministerin bei der letzten Sitzung des Sportausschusses dargelegt, dass wir künftig nicht mehr so viele Sportstätten benötigen, weil sich das Sporttreiben auf den öffentlichen Raum, also auf die Straße, verlagert hat. Das finde ich schon alarmierend.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Sie brechen hier erstmalig ein Tabu und beziehen den Sportbereich bei der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe in Ihrem Gesamtetat mit ein. Das geschieht ausgerechnet mit 0,5 Milliarden € bei der Infrastruktur für den Leistungssportbereich – genau genommen bei den Hochleistungssportstätten und bei unseren Nachwuchstalenten in den Sportschulen. Da bin ich wieder bei meiner Einleitung. Damit begehen Sie schon ein schweres Foul. Hierfür gibt es von uns leider die Gelbe Karte, Frau Ministerin.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was für ein schönes Bild!)

– Ja, so kreativ sind wir. – Wir benötigen nämlich sowohl für den Schulsport als auch für den Vereinssport Sporthallen.

Fakt ist doch: Ohne Sportstätten, also ohne eine vernünftige Sportinfrastruktur, gibt es keinen oder weniger Sport. Ohne Sport gibt es keine Athleten. Ohne Athleten – jetzt schließt sich langsam der Kreis – gibt es keine Wettkämpfe, bei denen das sportliche Können als Leistung gemessen werden kann. Ohne Leistungsmessung – wir tragen ja alle das viel zitierte Sportland Nummer eins immer gerne wie eine Monstranz vor uns her – gibt es auch keine Medaillen mehr und damit keinen Anschluss an die Sportelite.

Ich sehe diese Entwicklung mit großer Sorge. Wir müssen das Gegenteil tun und jetzt die Weichen für den Leistungssport stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Dabei hilft es auch nicht, dass ansonsten alle Haushaltsansätze vom Vorjahr überrollt werden und somit auch der Pakt für den Sport eingehalten wird.

Lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Der Sportetat ist im kommenden Jahr absolut auf Kante genäht. So ehrlich muss man sein.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das ist das, was Sie immer fordern!)

Er ist auf Kante genäht und lässt keinerlei Spielraum für Innovationen oder Ideen zu. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern für das sogenannte Sportland Nummer eins auch grenzwertig.

Nehmen wir einmal das Modellprojekt KommSport – Förderbetrag 130.000 €, mit Mitteln aus dem Pakt für den Sport gestemmt. Dabei handelt es sich um ein Vorzeigeprojekt, für das man sich auch gerne mal feiern lässt, Hochglanzbroschüren herausgibt und eine größere Veranstaltung durchführt. Ich nenne aber noch einmal den Förderbetrag: 130.000 €. Ansonsten lasten Sie die Durchführung der motorischen Tests den ohnehin schon stark gebeutelten Kommunen auf. Dabei hätten wir das Engagement vor Ort bei den motorischen Tests, und zwar flächendeckend im Land, doch viel mehr unterstützen und den Verantwortlichen vor Ort den Rücken stärken müssen.

Auch dieses Verhalten kommt im Grunde einem Foul gleich. Das ist dann – bleiben wir im Bild – Gelb-Rot. Im Fußball bedeutet das: Platzverweis. Für uns heißt es ganz klar: Wir werden dem Sportetat nicht zustimmen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Fraktion der Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lürbke, ich bin froh,

dass Sie zumindest ein paar Punkte gefunden haben, bei denen es weniger zu einer Büttenrede und tatsächlich mehr zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung gekommen ist. Mehr Substanz hatte das aber leider auch nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man muss doch einmal Folgendes festhalten: Sie kreiden hier beispielsweise an, dass die Ministerin – zu Recht – darauf hingewiesen hat, dass sich das Sporttreiben und damit auch die Anforderungen an Sportstätten verändert haben. Das hat sich die Ministerin doch nicht ausgedacht. Vielmehr hat das zum Beispiel Herr Prof. Hübner selber im Sportausschuss vorgetragen.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD] – Marc Lürbke [FDP]: Es ging um die Schlussfolgerung!)

Wir haben heute eine Sportinfrastruktur, bei der wir viele Tennisplätze haben. Nur spielt niemand mehr Tennis. Das kann man im Einzelfall bedauern. Es bedeutet aber, dass sich die Anforderungen an Sportstätten verändert haben. Wir haben auch weiterhin viele sogenannte klassische Kampfbahnen. Unglücklicherweise gibt es aber nicht mehr so viele Menschen, die sie überhaupt nutzen wollen. Gleichzeitig erfordert das heutige Sportnutzungsverhalten andere Anlagen und teilweise auch überhaupt keine Anlagen, weil Menschen zum Joggen gehen oder mit dem Fahrrad fahren oder Ähnliches tun.

Unter dem Strich läuft Ihre hier formulierte Kritik damit sehr ins Leere, weil sie einfach nicht faktenbasiert ist. Sie haben tatsächlich, wie Herr Bischoff vorhin schon gesagt hat, einen Punkt herausgegriffen und ihn einmal beliebig kritisiert.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dass wir uns immer über einzelne kleine Punkte unterhalten, die vielleicht kritisiert werden könnten – oder eben auch nicht –, spricht doch dafür, dass wir hier eine sehr erfolgreiche Sportpolitik betreiben. Auch in der im Ausschuss geführten Diskussion zum Haushalt haben Sie kaum Punkte vorgetragen, die Sie ernsthaft kritisieren. Diese Punkte müssen Sie doch mit der Lupe suchen.

Das hat etwas damit zu tun, dass wir das gemacht haben, was Sie in Ihrer Regierungszeit auch versucht haben, aber nicht mit Geld hinterlegt haben: Wir haben die Planungssicherheit mit dem Landessportbund im Pakt für den Sport festgeschrieben und hergestellt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aufgrund dieser Planungssicherheit über den Pakt für den Sport ist es in Nordrhein-Westfalen möglich, den Sport weiterzuentwickeln, und zwar kontinuierlich und nachhaltig weiterzuentwickeln.

Das von Ihnen angesprochene Projekt KommSport ist ein Beleg dafür. Hier wird konkret an dem weiter-

gearbeitet, was Sie auch immer gefordert haben. Sie haben stets die Forderung gestellt, motorische Tests durchzuführen. Wir haben immer gesagt: Vom Wiegen allein wird die Sau aber nicht fett. – Mit dem Projekt KommSport kommen unsere Forderungen zusammen. Sie bekommen Ihre motorischen Tests und wir die damit einhergehenden notwendigen weiteren Maßnahmen.

Mit der Fokussierung dieses Projekts auf Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf werden wir auch – das möchte ich deutlich betonen – ganz klar unserem eigenen Anspruch gerecht, Sportpolitik auch als Sozialpolitik durchzudeklinieren.

Zusammengenommen heißt das: Wenn man sich nicht nur einzelne Punkte herausgreift, die man vielleicht kritisieren könnte, wenn man die entsprechende Substanz hätte, muss man doch einmal konzedieren, dass wir den Sport insbesondere da weiterentwickeln, wo man unseres Erachtens verstärkt ansetzen muss, nämlich beispielsweise bei Kindern und Jugendlichen. Die Bewegungskindergärten haben sich sehr erfreulich entwickelt. Wir haben heute 646 – Tendenz steigend. Die Kooperation von Sport und Ganztag entwickelt sich hervorragend – zusammen mit den Mitgliedsorganisationen, den Bündeln usw.

Was ich persönlich als frauenpolitische Sprecherin auch schön finde, ist, dass sich vor allem die Mitgliederzahlen der Mädchen in Sportvereinen positiv entwickelt haben.

Zusammengenommen heißt das: Es gibt ein ganzes Maßnahmenbündel im Zusammenhang von Sport und Schule, Sport und Jugendlichen. Wir wollen bei den Kleinsten anfangen, in den Kitas, in den Schulen usw. Wir wollen die Kinder durch ein ganzes Maßnahmenbündel in Bewegung bringen. – „1000 mal 1000“ ist eines Ihrer Lieblingsprojekte, Herr Müller. Hier sind die Koordinatorinnen und Koordinatoren, die Fachverbände und die Bündel angesprochen. Ich nenne auch das Projekt „3 + 2 + x“.

Damit ist Sport auch ein Teil von Gesundheitsprävention. Wir nehmen also einen weiteren richtigen und wichtigen Punkt in den Fokus, über den wir im Sportausschuss schon oft miteinander diskutiert haben. Zu all dem, zu der ganzen Bandbreite des Sports, den wir in Nordrhein-Westfalen haben, haben Sie in der Debatte leider kein Wort gesagt. Das finde ich schade. Das wird der Debatte über eine vernünftige Sportpolitik und Sportförderung im Land leider nicht gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Was die Infrastruktur und die verlässliche Finanzierungsgrundlage dafür angeht: Sie haben den „Goldenen Plan“ angesprochen. Es gibt doch eine verlässliche Grundlage für die Sportstättenförderung im Land. Man nennt sie Sportpauschale; es gibt sie

über das GFG. Es ist doch in der Tat auch so, dass vor allem ...

(Zuruf von Holger Müller [CDU])

– Nein, das ist nicht Volksverdummung, sondern so ist die Sportförderung in diesem Land aufgestellt. Sie wissen doch genau, dass die Kommunen zu 80 % Träger des organisierten Sports und der Sportförderung in diesem Land sind. Wenn Sie es vorhin angesprochen haben, sagen Sie aus meiner Sicht ja zu Recht ...

(Holger Müller [CDU] meldet sich zu Wort.)

Ich warte einfach auf die Zwischenfrage. Ich lasse die schon mal präventiv zu.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Ja, Frau Kollegin. Eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Müller.

(Zuruf von den GRÜNEN: Dann muss man aber die Zeit anhalten! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Zeitnehmer!)

Holger Müller (CDU): Ich habe die Sportpauschale immer für gut gehalten. Die ist von Ihnen eingeführt worden. Wir haben sie weitergeführt, und sie wird auch jetzt weitergeführt. Das ist okay. Nur, die Sportpauschale ist jedenfalls nicht ausreichend, um die Situation der Sportstätten in Nordrhein-Westfalen grundlegend zu ändern. Das werfe ich Ihnen nicht vor, aber sie hilft nicht. Sind Sie auch dieser Meinung, oder glauben Sie, dass Sie mit der Sportpauschale demnächst alle Probleme der Infrastruktur lösen können?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Frau Kollegin, bitte schön.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Müller, für diese Zwischenfrage. Natürlich bin ich nicht der Meinung, dass man mit der Sportpauschale mal eben alle Probleme lösen kann. Da sind wir uns mit Sicherheit einig. Aber dass die Sportpauschale nichts bringt, wie Sie unterstellen, das ist doch Volksverdummung, die Sie an der Stelle produzieren.

Sie haben es vorhin angesprochen. Sie möchten gerne, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam an dem Investitionsstau arbeiten. Dann frage ich Sie: Wer von uns ist denn in einer regierungstragenden Fraktion in Berlin?

(Holger Müller [CDU]: Die SPD zum Beispiel!)

Wo ist denn da die Forderung der CDU-Fraktion nach einer Neuauflage des „Goldenen Plans“ mit Bundesmitteln, damit wir vor Ort die kommunale Infrastruktur stärken können?

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben vorhin die Sportministerkonferenz angesprochen. Sie haben kurz die Fanprojekte angerissen und sehen da nicht so recht einen roten Faden, auch was die Spitzensportförderung angeht.

Ich will nur noch einen Satz zu den Fanprojekten und zu der sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung sagen, die nicht nur der Sport in unseren vielen Vereinen hat, die ganz hervorragend mit Unterstützung von vielen Ehrenamtlichen getragen werden: Die soziale und gesellschaftliche Verantwortung muss sich auch auf den Rängen niederschlagen. Wir haben im Sportausschuss immer sehr vernünftig über die Frage der Fanprojekte und der Fankultur diskutiert. Daran sollten wir weiterhin festhalten. Ich will Sie damit nicht kritisieren, sondern nur positiv zum Abschluss hervorheben, dass ich daran gerne festhalten würde.

Vielleicht können Sie sich doch noch dazu durchringen, dem Haushalt, den Sie in der Ausschusssitzung eigentlich ganz gut fanden, zuzustimmen, anstatt Punkte zu kritisieren, die aus meiner Sicht mitelmäßig substanzlos sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Lamla.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Liebe Kollegen! Vor knapp zwei Jahren haben die Piraten einen Antrag zur Förderung von offenen kommunalen Sportangeboten gestellt. Wir haben ganz viel darüber debattiert. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ich freue mich, dass mit dem Projekt „KommSport“ zumindest einige der Anregungen umgesetzt worden sind, wenn auch nicht alle. Ich freue mich darüber, dass sich das zumindest ein bisschen im Haushalt bemerkbar macht. Das ist gut so, gleichwohl „KommSport“ mit Sicherheit noch optimiert und ausgebaut werden kann und hoffentlich auch wird.

(Beifall von den PIRATEN)

– Ja, da kann man ruhig klatschen.

Unter dem Strich bleibt für mich zu sagen, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen – Achtung, aufpassen – nicht beratungsresistent sind. Frau Ministerin hat das erst letzte Woche im Ausschuss noch einmal zum Ausdruck gebracht. Das macht mir persönlich zumindest für den Bereich Sport ein bisschen Mut.

Nun legen wir Ihnen heute einen Änderungsantrag über 5 Millionen € vor, um die Inklusion im Sport voranzutreiben. Herr Kollege Bischoff, Sie haben

selbst bei der Debatte am 5. November 2014 zu dem gemeinsamen Antrag gesagt:

„Die Umsetzung des inklusiven Prozesses ist mit diesem Antrag hoffentlich ein bisschen befeuert, aber natürlich nicht abgeschlossen.“

Frau Kollegin Paul sagte:

„Wir haben jetzt diese Langstrecke oder – sagen wir es lieber so – Mittelstrecke – geschafft, aber wir haben noch ein gutes Stück Weg vor uns.“

Nun, meine Damen und Herren, das sehen wir Piraten auch so. Den Aussagen können wir zustimmen.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Oh!)

Aber wir sagen auch: Die Maßnahmen, die wir dort beschlossen haben, müssen ausfinanziert sein.

Nehmen wir zum Beispiel den Kriterienkatalog. Ich denke nicht, dass, wenn die Piraten einmal auf die Idee kommen sollten, im Ausschuss einen Bericht anzufordern, wie weit man mit dem Kriterienkatalog sei, dann irgendein Ministeriumsmitarbeiter kurz googelt „Kriterienkatalog Inklusion Sport“ und uns irgendetwas Copy-and-paste vorlegt; denn das wird einem Kriterienkatalog nicht gerecht. Bei der Entwicklung eines Kriterienkatalogs geht es darum, mindestens – so Experten – 50 bis 100 Sportstätten zu begehen, Kriterien zu erfassen, zu entwickeln und zu überprüfen, ob sie auch umsetzbar sind. Das ist ein langer Prozess, und das kostet Geld. Im aktuellen Haushalt ist dieses Geld nicht veranschlagt.

Entweder also war der gemeinsame Antrag ein Show-Antrag – der Kriterienkatalog war nie ernst gemeint –, oder das Geld wird an einer anderen Stelle im Sporthaushalt gestrichen.

Auch die Weiterentwicklung der Übungsleiter- und Trainerausbildung sollte finanziell unterstützt werden. Natürlich kann man sich da auf den Standpunkt stellen und sagen, dass die Verbände das machen sollen. Ja, das sollen sie machen; das ist nicht ganz falsch. Aber es geht uns doch hier allen darum, gemeinsam die Weiterentwicklung der Inklusion im Sport voranzutreiben. Dazu gehört auch, dass das Land seinen Beitrag leistet und Projekte anstößt und finanziert, die einen innovativen Ansatz bei der Ausbildung von inklusiven Übungsleitern haben. Oder sehen Sie das anders?

Herr Bischoff, Sie sagten eben, an die Opposition gerichtet, wir sollten über unseren Schatten springen und dem Sporthaushalt zustimmen. Ich schlage Ihnen einmal einen Deal vor: Wir Piraten – ich denke, da steht meine Fraktion hinter mir – springen über unseren Schatten und stimmen Ihrem Sporthaushalt zu. Dafür springen Sie über Ihren Schatten und stimmen unserem Änderungsantrag bezüglich der 5 Millionen € für die Inklusion beim Sport zu.

(Beifall von den PIRATEN)

Herr Bischoff, wie sieht es aus? Frau Paul, ja oder nein? – Nein, nicht. Leider sind die Anzeichen nicht so gut. Ich hoffe trotzdem, dass wir Sie mit diesem Änderungsantrag ein bisschen zum Nachdenken gebracht haben; denn diese Maßnahmen sind wirklich wichtig und sollten umgesetzt werden. Man sollte daraus nicht einen Show-Antrag machen. Dazu ist die Sache viel zu wichtig.

Zeigen Sie uns bitte auch in Zukunft, dass Sie nicht beratungsresistent sind. Werden Sie der gesellschaftlichen Verantwortung auch für ein individuelles und inklusives Sporttreiben gerecht, und stimmen Sie vielleicht beim nächsten Mal unserem Antrag zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im Sportkapitel planen wir mit Gesamtaufwendungen in Höhe von 62,1 Millionen €. Damit, denke ich, können wir unsere Vorhaben zur Weiterentwicklung des Sportlandes Nordrhein-Westfalen vorantreiben und auch durchaus neue innovative Impulse setzen.

Meine Vorredner – Frau Paul, Herr Bischoff – haben es schon erwähnt. Mit dem Pakt für den Sport hat der gemeinnützige Sport bis zum Jahre 2017 finanzielle Planungssicherheit. Das hat den organisierten Sport im Land sehr erfreut. Das wird sehr positiv gewürdigt. Das ist auch eine gute Entwicklung für den Sport.

Auf dieser Grundlage können wir dann gemeinsam mit dem Landessportbund auch unsere programmatischen Leitlinien zielgerichtet umsetzen. Das sind für das Haushaltsjahr 2015 fünf Punkte, die ich Ihnen heute nennen möchte.

Der erste Punkt ist, dass wir alle Kinder für den Sport erreichen wollen; denn auch im Sport soll kein Kind zurückbleiben. Das gelingt am besten, wenn wir die Kinder frühzeitig und gezielt für den Sport ansprechen. Das Projekt „KommSport“ ist schon erwähnt worden, das wir in 33 Kommunen des Landes gemeinsam mit dem Landessportbund umsetzen wollen und das jedem Kind ein angemessenes Sportangebot unterbreiten soll. Das ist ja das ganz Besondere, dass der Test eingebettet ist in eine Unterstützung. Außerdem wollen wir unser Ziel erreichen, 1.000 Bewegungskindergärten in Nordrhein-Westfalen zu bekommen. Auch da sind wir auf einem guten Weg.

Der zweite Punkt hat ebenfalls mit Kindern und dem Erreichen von Kindern zu tun. Wir stärken den Sport im Ganztage. Man kann mit Fug und Recht sagen,

dass Nordrhein-Westfalen Vorbild für andere Länder ist beim Ausbau der Zusammenarbeit von Schule und Sportverein im Ganztage; denn bei uns arbeiten die Fachstellen der Sportbünde und -verbände eng mit den Beratern im Schulsport zusammen. Es gibt diese Tandems zur Gestaltung des Sports im Ganztage. Wir wollen auf diese Weise natürlich erreichen, dass viele Kinder ihre Anbindung an die Sportvereine in Nordrhein-Westfalen bekommen. Da gibt es das wunderbare Programm „1.000 mal 1.000“, Herr Müller, das genau diesen Bereich unterstützen soll.

Dritter Punkt. Natürlich wollen wir mit dem Sport nicht nur Kinder, sondern alle erreichen. Aber bei manchen müssen wir uns besondere Mühe geben. Ganz besonders unterstützen wollen wir 2015 die Projekte zur Inklusion im Sport und die Integrationsprojekte mit den Vereinen und Stadtsportbünden, die wir gemeinsam mit dem Landessportbund realisieren wollen. So hat es der Landtag auch vor kurzem beschlossen.

Punkt 4 ist der Leistungssport. Natürlich muss man immer weiter versuchen, die individuelle Förderung im Leistungssport zu verbessern, damit sich unsere Athletinnen und Athleten konzentriert auf die Wettkämpfe vorbereiten können. Auch da werden wir in der Abstimmung immer besser. Wir haben mit der Sportsiftung auch Projekte sowohl für die Mitglieder der Nachwuchseliteteams in Nordrhein-Westfalen als auch für die Kandidaten der Olympischen Spiele in Rio 2016 auf den Weg gebracht.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal das System der dualen Karriere erwähnen, den Aufbau des Verbundsystems „Schule und Leistungssport“. Dazu sei noch erwähnt, dass die NRW-Sportschulen zum Beginn des Schuljahres 2016/2017 die stattliche Zahl von 18 erreicht haben werden. Das hatten wir uns als Ziel gesetzt. Das wird auch entsprechend umgesetzt. Das ist ein guter Beitrag dazu.

Meine Damen und Herren, ich lade Sie jetzt schon ein, an den sportlichen Großveranstaltungen im nächsten Jahr teilzunehmen, die Nordrhein-Westfalen auch besonders auszeichnen. Wir haben Anfang nächsten Jahres die Weltmeisterschaften im Bob und Skeleton in Winterberg. Wir haben die Europameisterschaften im Reiten in Aachen. Ihr ganz besonderes Augenmerk möchte ich noch auf die Ruhr Games lenken. Das ist nämlich ein neues Format eines Sport- und Kulturtreffens im Ruhrgebiet. Wir wollen das 70 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges durchführen, um Jugendliche verschiedener europäischer Partnerstädte in unserem Land bei Sport und bei Kultur zusammenzuführen.

Natürlich, Herr Müller, nutzen wir auch die Gestaltungsmöglichkeiten der Sportministerkonferenz. Ich denke, Sie werden in dem Kontext noch von mir hören. Aber da ich Sie gerade anspreche, möchte ich zu Ihrer Erläuterung noch auf Folgendes hinweisen:

Sie beklagten ja, wir würden nicht genug in die Sportstätteninfrastruktur investieren. Dabei muss man sagen, dass die Zahl, die Sie genannt haben, von 45 Milliarden € Stau, der da sei, aus dem Jahr 2005 stammt. Es hat inzwischen eine Reihe von Entwicklungen gegeben, unter anderem das Konjunkturförderpaket II, das für Nordrhein-Westfalen zum Beispiel 600 Millionen € gebracht hat. Wir haben jedes Jahr die Sportpauschale von 50 Millionen €. Ich erinnere auch an das Kreditprogramm, das wir bei der NRW.BANK haben und das ebenfalls eine Höhe von 50 Millionen € hat. Also, ich denke, insofern sind wir bei allen Dingen auf einem guten Weg.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. Ich habe mich natürlich auch über die Einigung bei der NADA sehr gefreut.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Da ich eben in den anderen Bereichen meine Abteilungsleiter so gelobt habe, geht der Dank diesmal an Werner Stürmann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 43 Sekunden überschritten. Aber die Fraktionen der CDU und der Grünen hatten ihre Redezeit auch schon überschritten. – Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7507, den Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7507** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piratenfraktion **angenommen** worden.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 10
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Verlagerung der Vollzugsaufgaben
Abwasserabgabe und Wasserentnahmeentgelt**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6865

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 16/7224

zweite Lesung

Ich möchte noch einen Hinweis auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 16/7510 zum Einzelplan 10 geben.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Rainer Deppe das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit 2010 hat der Umweltminister seinen Haushalt um 28 % auf jetzt knapp 1 Milliarde € erhöht gegenüber 15 % für den gesamten Landeshaushalt. Ich sage das, um das einmal einzuordnen.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE])

Dass die Umweltpolitik allerdings um 28 % besser geworden wäre, kann man nun wirklich nicht sagen. Im Gegenteil!

(Beifall von der CDU)

Heute ist die Akzeptanz in Nordrhein-Westfalen für Umwelt-, Klima- und Naturschutz geringer, als sie es vor dem Antritt der rot-grünen Regierung und von Minister Remmel war. Das hat einen ganz entscheidenden Grund: Statt die Menschen für die Umwelt zu begeistern, sehen Sie die Bürger als Gegner an. Ständig versuchen Sie, den Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben.

Sie sollen nicht rauchen, sie sollen kein Auto fahren, nicht mit dem Flugzeug fliegen, kein Fleisch essen, nichts im Internet bestellen, keine Weihnachtsbäume aufstellen, nicht in den Zoo gehen, keinen Mais anbauen, die Waldwege nicht verlassen, nicht jagen und keine Leguane halten. Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie sind erst glücklich, wenn Sie allen Menschen ein schlechtes Gewissen einge-redet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

„Patriarchalische Attitüde der Grünen“ hat der „Spiegel“ das unlängst genannt. Die Betroffenen merken: Die Regierung ist beratungsresistent. Sie arbeitet nicht mit den Betroffenen, sondern gegen sie.

Ein paar Stichworte, nur aus dem letzten Monat: die Kündigung der Verträge mit den Forstbetriebsgemeinschaften, bevor der Forstausschuss die zuge-